

Geschichte

**Ein Auszug aus
TATSACHEN ÜBER DEUTSCHLAND**

Grundlinien deutscher Geschichte bis 1945
Von 1945 bis zur Gegenwart

2
21

Grundlinien deutscher Geschichte bis 1945

Noch im vorigen Jahrhundert glaubte man genau zu wissen, wann die deutsche Geschichte begonnen hat: im Jahre neun n. Chr. In jenem Jahr besiegte Arminius, ein Fürst des germanischen Stammes der Cherusker, im Teutoburger Wald drei römische Legionen. Arminius – von dem man nichts Näheres weiß – galt als erster deutscher Nationalheld. In den Jahren 1838-1875 wurde ihm bei Detmold ein riesiges Denkmal errichtet.

Heute sieht man die Dinge nicht mehr so einfach. Die Entstehung des deutschen Volkes war ein Prozeß, der Jahrhunderte dauerte. Das Wort „deutsch“ ist wohl erst im 8. Jahrhundert aufgekommen, und es bezeichnete zunächst nur die Sprache, die im östlichen Teil des Frankenreiches gesprochen wurde. Dieses Reich, das unter Karl dem Großen seine größte Machtentfaltung erlangte, umfaßte Völkerschaften, die teils germanische, teils romanische Dialekte sprachen. Nach Karls Tod (814) brach es bald auseinander. Im Laufe verschiedener Erbteilungen entstanden ein West- und ein Ostreich, wobei die politische Grenze annähernd mit der Sprachgrenze zwischen Deutsch und Französisch zusammenfiel. Erst nach und nach entwickelte sich bei den Bewohnern des Ostreichs ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Die Bezeichnung „deutsch“ wurde von der Sprache auf die Sprecher und schließlich auf ihr Wohngebiet („Deutschland“) übertragen.

Die deutsche Westgrenze wurde verhältnismäßig früh fixiert und blieb auch recht stabil. Die Ostgrenze hingegen war jahrhundertlang fließend. Um 900 verlief sie etwa an den Flüssen Elbe und Saale. In den folgenden Jahrhunderten wurde das deutsche Siedlungsgebiet weit nach Osten ausgedehnt. Diese Bewegung kam erst in der Mitte des 14. Jahrhunderts zum Stillstand. Die damals erreichte Volksgrenze zwischen Deutschen und Slawen hatte bis zum Zweiten Weltkrieg Bestand.

Hochmittelalter. Den Übergang vom ostfränkischen zum deutschen Reich setzt man gewöhnlich mit dem Jahre 911 an, in dem nach dem Aussterben der Karolinger der Fran-

kenherzog Konrad I. zum König gewählt wurde. Er gilt als der erste deutsche König. (Der offizielle Titel war „fränkischer König“, später „römischer König“; der Reichsname lautete seit dem 11. Jahrhundert „Römisches Reich“, seit dem 13. Jahrhundert „Heiliges Römisches Reich“; im 15. Jahrhundert kam der Zusatz „Deutscher Nation“ auf.) Das Reich war eine Wahlmonarchie; der König wurde vom hohen Adel gewählt. Daneben galt das „Geblütsrecht“: Der neue König sollte mit seinem Vorgänger verwandt sein. Dieser Grundsatz wurde mehrfach durchbrochen; wiederholt kam es auch zu Doppelwahlen. Eine Hauptstadt besaß das mittelalterliche Reich nicht; der König regierte im Umherziehen. Es gab keine Reichssteuern; seinen Unterhalt bezog der König vor allem aus „Reichsgütern“, die er treuhänderisch verwaltete. Seine Autorität wurde nicht ohne weiteres anerkannt; nur wenn militärische Stärke und geschickte Bündnispolitik hinzukamen, konnte er sich bei den mächtigen Stammesherrn Respekt verschaffen. Dies gelang erst Konrads Nachfolger, dem Sachsenherzog Heinrich I. (919-936), und in noch höherem Maße dessen Sohn Otto I. (936-973). Otto machte sich zum wirklichen Herrscher des Reichs. Seine Machtfülle fand Ausdruck darin, daß er sich 962 in Rom zum Kaiser krönen ließ.

Seither hatte der deutsche König Anwartschaft auf die Kaiserwürde. Das Kaisertum war der Idee nach universal und verlieh seinem Träger die Herrschaft über das gesamte Abendland. Volle politische Wirklichkeit wurde diese Idee freilich niemals. Zur Kaiserkrönung durch den Papst mußte sich der König nach Rom begeben. Damit begann die Italienpolitik der deutschen Könige. 300 Jahre lang konnten sie ihre Herrschaft in Ober- und Mittelitalien behaupten, wurden jedoch dadurch von wichtigen Aufgaben in Deutschland abgelenkt. So kam es schon unter den Nachfolgern Ottos zu schweren Rückschlägen. Ein neuer Aufschwung trat unter der folgenden Dynastie der Salier auf. Mit Heinrich III. (1039-1056) stand das deutsche König- und Kaisertum auf dem Höhepunkt der Macht; vor allem behauptete es entschieden seinen Vorrang gegenüber dem Papsttum. Heinrich IV. (1056-1106) konnte diese Stellung nicht halten. In der Auseinandersetzung um das Recht zur Bischofseinsetzung (Investiturstreit) siegte er zwar äußerlich über Papst Gregor VII.; sein Bußgang nach Canossa (1077) bedeutete aber für das Kaisertum eine nicht wiedergutmachende Rangeinbuße. Kaiser und Papst standen sich seither als gleichrangige Mächte gegenüber.

1138 begann das Jahrhundert der Staufer-Dynastie. Friedrich I. Barbarossa (1152-1190) führte im Kampf mit dem

Papst, den oberitalienischen Städten und seinem Hauptriivalen in Deutschland, dem Sachsenherzog Heinrich dem Löwen, das Kaisertum zu einer neuen Blüte. Jedoch begann unter ihm eine territoriale Zersplitterung, die letztlich die Zentralgewalt schwächte. Unter Barbarossas Nachfolgern Heinrich VI. (1190-1197) und Friedrich II. (1212-1250) setzte sich trotz großer kaiserlicher Machtfülle diese Entwicklung fort. Die geistlichen und weltlichen Fürsten wurden zu halbsouveränen „Landesherrn“.

Mit dem Untergang der Staufer (1268) endete faktisch das universale abendländische Kaisertum. Die auseinanderstrebenden Kräfte im Innern hinderten Deutschland daran, zum Nationalstaat zu werden – ein Prozeß, der gerade da-



Friedrich I. Barbarossa, römisch-deutscher Kaiser (1122-1190); Buchminiatur (um 1180)

mals in anderen Ländern Westeuropas einsetzte. Hier liegt eine der Wurzeln dafür, daß die Deutschen zur „verspäteten Nation“ wurden.

Spätmittelalter und frühe Neuzeit. Mit Rudolf I. (1273-1291) kam erstmals ein Habsburger auf den Thron. Materielle Grundlage des Kaisertums waren jetzt nicht mehr die verlorengegangenen Reichsgüter, sondern die „Hausgüter“ der jeweiligen Dynastie; Hausmachtspolitik wurde das Hauptinteresse eines jeden Kaisers.

Die „Goldene Bulle“ Karls IV. von 1356, eine Art Reichsgrundgesetz, verlieh sieben herausgehobenen Fürsten, den Kurfürsten, das ausschließliche Recht zur Königswahl und gab ihnen noch weitere Vorrechte gegenüber den anderen Größen. Während die kleinen Grafen, Herren und Ritter allmählich an Bedeutung verloren, gewannen die Städte dank ihrer wirtschaftlichen Macht an Einfluß. Der Zusammenschluß zu Städtebünden brachte ihnen eine weitere Stärkung. Der wichtigste dieser Bünde, die Hanse, wurde im 14. Jahrhundert zur führenden Macht des Ostseeraums.

Seit 1438 war die Krone – obwohl das Reich formell eine Wahlmonarchie blieb – praktisch erblich im Hause Habsburg, das unterdessen zur stärksten Territorialmacht geworden war. Im 15. Jahrhundert erhoben sich zunehmend Forderungen nach einer Reichsreform. Maximilian I. (1493-1519), der als erster den Kaisertitel ohne Krönung durch den Papst annahm, suchte eine solche Reform zu verwirklichen, aber ohne Erfolg. Die von ihm geschaffenen oder neu geordneten Einrichtungen – Reichstag, Reichskreise, Reichskammergericht – hatten zwar Bestand bis zum Ende des Reiches (1806), vermochten aber dessen fortschreitende Zersplitterung nicht aufzuhalten. Es entwickelte sich ein Dualismus von „Kaiser und Reich“: Dem Reichsoberhaupt standen die Reichsstände – Kurfürsten, Fürsten und Städte – gegenüber. Die Macht der Kaiser wurde durch „Kapitulationen“, die sie bei ihrer Wahl mit den Kurfürsten vereinbarten, begrenzt und zunehmend ausgehöhlt. Die Fürsten, insbesondere die großen unter ihnen, dehnten ihre Rechte auf Kosten der Reichsgewalt kräftig aus. Dennoch hielt das Reich weiter zusammen: Der Glanz der Kaiserkrone war noch nicht verblichen, die Reichsidee war lebendig geblieben, und den kleinen und mittleren Territorien bot der Reichsverband Schutz vor Übergriffen mächtiger Nachbarn.

Die Städte wurden zu Zentren wirtschaftlicher Macht; sie profitierten vor allem vom zunehmenden Handel. In Textilindustrie und Bergbau entstanden Wirtschaftsformen,

die über das Zunftwesen der Handwerker hinausführten und wie der Fernhandel schon frühkapitalistische Züge trugen. Gleichzeitig vollzog sich ein geistiger Wandel, gekennzeichnet durch Renaissance und Humanismus. Der neuerwachte kritische Geist wandte sich vor allem gegen kirchliche Mißstände.

Zeitalter der Glaubensspaltung. Die schwelende Unzufriedenheit mit der Kirche entlud sich, vor allem durch das Auftreten Martin Luthers seit 1517, in der Reformation, die sich rasch ausbreitete. Ihre Folgen reichten weit über das Religiöse hinaus. Das ganze soziale Gefüge geriet in Bewegung. 1522/23 kam es zum Aufstand der Reichsritter, 1525 zum Bauernkrieg, der ersten größeren revolutionären Bewegung der deutschen Geschichte, in der sich politische und soziale Bestrebungen vereinigten. Beide Erhebungen scheiterten oder wurden blutig niedergeschlagen. Hauptnutznießer der Reformation waren die Landesfürsten. Nach wechselvollen Kämpfen erhielten sie im Augsburger Religionsfrieden 1555 das Recht, die Religion ihrer Untertanen zu bestimmen. Die protestantische Konfession wurde als gleichberechtigt mit der katholischen anerkannt. Die religiöse Spaltung Deutschlands war damit besiegelt. Auf dem Kaiserthron saß zur Zeit der Reformation Karl V. (1519-1556), der durch Erbschaft Herr des größten Weltreichs seit der Zeit Karls des Großen geworden war. Durch seine weltpolitischen Interessen war er zu stark in Anspruch genommen, um sich in Deutschland durchsetzen zu können. Nach seiner Abdankung wurde das Weltreich geteilt; die deutschen Territorialstaaten und



Martin Luther
(1483-1546);
Gemälde
von Lukas
Cranach
dem Älteren
(1472-1553)

die westeuropäischen Nationalstaaten bildeten das neue europäische Staatensystem.

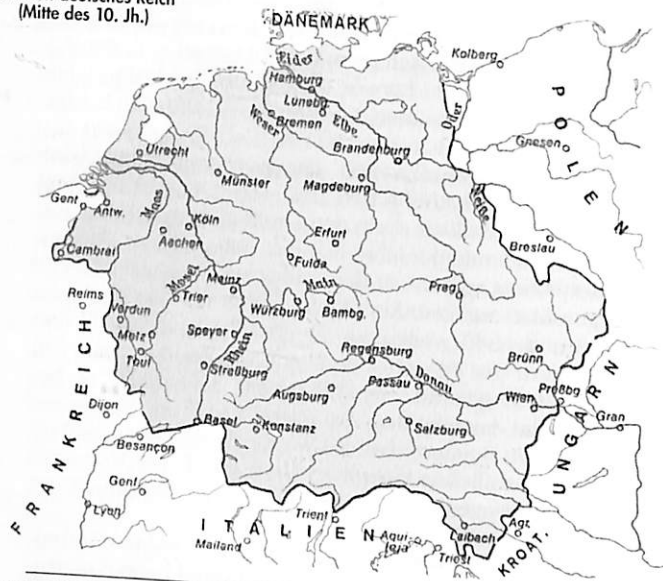
Zur Zeit des Augsburger Religionsfriedens war Deutschland zu vier Fünfteln protestantisch. Der Kampf zwischen den Konfessionen war damit jedoch nicht beendet. In den folgenden Jahrzehnten konnte die katholische Kirche viele Gebiete zurückgewinnen (Gegenreformation). Die konfessionellen Gegensätze verschärften sich; es kam zur Bildung von Religionsparteien, der protestantischen Union (1608) und der katholischen Liga (1609). Ein lokaler Konflikt in Böhmen löste dann den Dreißigjährigen Krieg aus, der sich im Laufe der Jahre zu einer europäischen Auseinandersetzung weitete, in der politische wie konfessionelle Gegensätze aufeinanderprallten. Dabei wurden zwischen 1618 und 1648 weite Teile Deutschlands verwüstet und entvölkert. Der Westfälische Friede von 1648 brachte Gebietsabtretungen an Frankreich und Schweden; er bestätigte das Ausscheiden der Schweiz und der Niederlande aus dem Reichsverband. Den Reichsständen gewährte er alle wesentlichen Hoheitsrechte in geistlichen und weltlichen Angelegenheiten und erlaubte ihnen, Bündnisse mit ausländischen Partnern zu schließen.

Zeitalter des Absolutismus. Die nahezu souveränen Territorialstaaten übernahmen als Regierungsform nach französischem Vorbild den Absolutismus. Er verlieh dem Herrscher schrankenlose Macht und ermöglichte den Aufbau einer straffen Verwaltung, die Einführung geordneter Finanzwirtschaft und die Aufstellung stehender Heere. Viele Fürsten hatten den Ehrgeiz, ihre Residenz zu einem kulturellen Mittelpunkt zu machen. Manche von ihnen – Vertreter des „aufgeklärten Absolutismus“ – förderten Wissenschaft und kritisches Denken, freilich in den Grenzen ihrer Machtinteressen. Die Wirtschaftspolitik des Merkantilismus ließ die absolut regierten Staaten auch ökonomisch erstarken. So konnten Länder wie Bayern, Brandenburg (das spätere Preußen), Sachsen und Hannover zu eigenständigen Machtzentren werden. Österreich, das die angreifenden Türken abwehrte und Ungarn sowie Teile der bisher türkischen Balkanländer erwarb, stieg zur Großmacht auf. Ihm erwuchs im 18. Jahrhundert ein Rivale in Preußen, das unter Friedrich dem Großen (1740-1786) zu einer Militärmacht ersten Ranges wurde. Beide Staaten gehörten mit Teilen ihres Territoriums nicht dem Reich an, und beide betrieben europäische Großmachtpolitik.

Zeitalter der Französischen Revolution. Der Stoß, der das Gebäude des Reiches zum Einsturz brachte, kam von Westen. 1789 brach in Frankreich die Revolution aus. Unter dem

8 Geschichte
Grundlinien deutscher Geschichte bis 1945

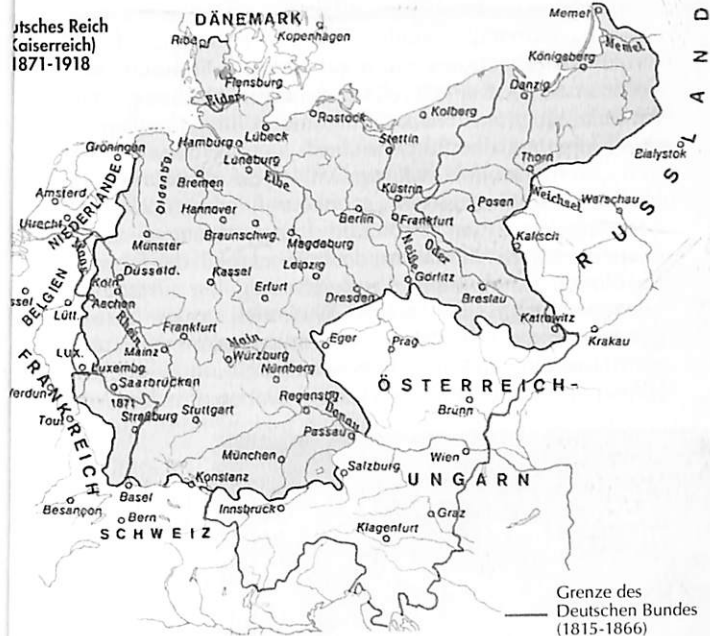
Römisch-deutsches Reich
(Mitte des 10. Jh.)



Heiliges Römisches Reich
Deutscher Nation
nach dem
Westfälischen Frieden
(1648)



Deutsches Reich
(Kaiserreich)
1871-1918



Deutschland in den
Grenzen von 1937



Druck des Bürgertums wurde die seit dem Frühmittelalter bestehende feudale Gesellschaftsordnung beseitigt. Gewaltenteilung und Menschenrechte sollten die Freiheit und Gleichheit aller Bürger sichern. Der Versuch Preußens und Österreichs, mit Waffengewalt in die Verhältnisse im Nachbarland einzugreifen, scheiterte kläglich und führte zum Gegenstoß der Revolutionsarmeen. Unter dem Ansturm der Heere Napoleons, der in Frankreich das Erbe der Revolution antrat, brach das Reich endgültig zusammen. Frankreich nahm sich das linke Rheinufer. Um die bisherigen Herren dieser Gebiete für ihren Verlust zu entschädigen, fand eine riesige „Flurbereinigung“ auf Kosten der kleineren und besonders der geistlichen Fürstentümer



**Friedrich II.
(der Große),
König
von Preußen
(1712-1786);
Gemälde von
Johann Heinrich
Christian
Franke
(1763)**

statt: Durch den „Reichsdeputationshauptschluß“ von 1803 wechselten rund vier Millionen Untertanen den Landesherrn. Die Mittelstaaten waren die Gewinner. Die meisten von ihnen schlossen sich 1806 unter französischem Protektorat zum „Rheinbund“ zusammen. Im gleichen Jahr legte Kaiser Franz II. die Krone nieder; damit endete das Heilige Römische Reich Deutscher Nation.

Die Französische Revolution griff nicht auf Deutschland über. Zwar hatten auch hier schon in den vorangegangenen Jahren immer wieder einzelne Persönlichkeiten die Grenzen zwischen Adel und Bürgertum zu überwinden versucht, begrüßten auch bedeutende Köpfe den Umsturz im Westen als Beginn einer neuen Zeit, aber der Funke konnte schon deshalb schlecht überspringen, weil im Gegensatz zum zentralistisch orientierten Frankreich die föderalistische Struktur des Reiches eine Ausbreitung neuer Ideen behinderte. Hinzu kam, daß gerade das Mutterland der Revolution, Frankreich, den Deutschen als Gegner und Besatzungsmacht gegenübertrat. Aus dem Kampf gegen Napoleon erwuchs vielmehr eine neue nationale Bewegung, die schließlich in den Befreiungskriegen gipfelte. Deutschland blieb von den Kräften des gesellschaftlichen Wandels nicht unberührt. Zunächst wurden in den Rheinbundstaaten, dann in Preußen (dort verbunden mit Namen wie Stein, Hardenberg, Scharnhorst, W. von Humboldt) Reformen eingeleitet, die feudale Schranken endlich abbauen und eine freie, verantwortungstragende bürgerliche Gesellschaft schaffen sollten: Aufhebung der Leibeigenschaft, Gewerbefreiheit, städtische Selbstverwaltung, Gleichheit vor dem Gesetz, allgemeine Wehrpflicht. Allerdings blieben viele Reformansätze auf halbem Wege

**Karl Reichs-
freiherr
vom und
zum Stein
(1757-1831);
Zeichnung
von Julius
Schnorr von
Carolsfeld
(1794-1872)**



stecken. Die Teilnahme an der Gesetzgebung blieb den Bürgern meist noch verwehrt; nur zögernd gewährten einige Fürsten, vor allem in Süddeutschland, ihren Staaten Verfassungen.

Der Deutsche Bund. Nach dem Sieg über Napoleon regelte der Wiener Kongreß 1814/15 die Neuordnung Europas. Die Hoffnungen vieler Deutscher auf einen freien, einheitlichen Nationalstaat wurden nicht erfüllt. Der Deutsche Bund, der an die Stelle des alten Reiches trat, war ein loser Zusammenschluß der souveränen Einzelstaaten. Einziges Organ war der Bundestag in Frankfurt, kein gewähltes Parlament, sondern ein Gesandtenkongreß. Handlungsfähig war der Bund nur, wenn die beiden Großmächte Preußen und Österreich übereinstimmten. Seine Hauptaufgabe sah er in den folgenden Jahrzehnten in der Niederhaltung aller auf Einheit und Freiheit gerichteten Bestrebungen. Presse und Publizistik unterlagen einer scharfen Zensur, die Universitäten wurden überwacht, eine politische Betätigung war so gut wie unmöglich.

Inzwischen hatte eine moderne wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt, die diesen reaktionären Tendenzen entgegenwirkte. 1834 wurde der Deutsche Zollverein gegründet und damit ein einheitlicher Binnenmarkt geschaffen. 1835 wurde die erste deutsche Eisenbahnstrecke in Betrieb genommen. Die Industrialisierung nahm ihren Anfang. Mit den Fabriken entstand die neue Klasse der Fabrikarbeiter. Sie fanden in der Industrie zunächst bessere Verdienstmöglichkeiten, aber das rapide Bevölkerungswachstum führte bald zu einem Überangebot an Arbeitskräften. Da zudem jegliche Sozialgesetzgebung fehlte, lebte die Masse der Fabrikarbeiter in großem Elend. Spannungen entluden sich gewaltsam wie etwa 1844 beim Aufstand der schlesischen Weber, der von preußischem Militär niedergeschlagen wurde. Nur zögernd konnten sich erste Ansätze einer Arbeiterbewegung formieren.

Die Revolution von 1848. Im Unterschied zur Revolution von 1789 fand die französische Februar-Revolution von 1848 in Deutschland sofort ein Echo. Im März kam es in allen Bundesländern zu Volkserhebungen, die den erschrockenen Fürsten mancherlei Konzessionen abrangen. Im Mai trat in der Frankfurter Paulskirche die Nationalversammlung zusammen. Sie wählte den österreichischen Erzherzog Johann zum Reichsverweser und setzte ein Reichsministerium ein, das allerdings keine Machtmittel besaß und keine Autorität gewann. Bestimmend war in der National-

versammlung die liberale Mitte, die eine konstitutionelle Monarchie mit beschränktem Wahlrecht anstrebte. Die Zersplitterung der Nationalversammlung von den Konservativen bis zu den radikalen Demokraten, in der sich die spätere Parteienlandschaft schon in Ansätzen abzeichnete, erschwerte eine Verfassungsgebung. Aber auch die liberale Mitte konnte die quer durch alle Gruppierungen gehenden Gegensätze zwischen den Anhängern einer „großdeutschen“ und einer „kleindeutschen“ Lösung, d.h. eines Deutschen Reiches mit oder ohne Österreich, nicht überwinden. Nach zähem Ringen wurde eine demokratische Verfassung fertiggestellt, die Altes mit Neuem zu verbinden suchte und eine dem Parlament verantwortliche Regierung vorsah. Als dann jedoch Österreich darauf bestand, sein gesamtes, mehr als ein Dutzend Völkerschaften

In der Frankfurter Paulskirche tagte 1848/49 die deutsche Nationalversammlung



umfassendes Staatsgebiet in das künftige Reich einzubringen, siegte die kleindeutsche Auffassung, und die Nationalversammlung bot dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die erbliche deutsche Kaiserkrone an. Der König lehnte ab; er wollte die Kaiserwürde nicht einer Revolution verdanken. Im Mai 1849 scheiterten in Sachsen, der Pfalz und Baden Volksaufstände, die die Durchsetzung der Verfassung „von unten“ erzwingen wollten. Damit war die Niederlage der deutschen Revolution besiegelt. Die meisten Errungenschaften wurden rückgängig gemacht, die Verfassungen der Einzelstaaten im reaktionären Sinne revidiert. 1850 wurde der Deutsche Bund wiederhergestellt.

Der Aufstieg Preußens. Die fünfziger Jahre waren eine Zeit großen wirtschaftlichen Aufschwungs. Deutschland wurde zum Industrieland. Es war zwar im Produktionsumfang noch weit hinter England zurück, überholte dieses aber im Wachstumstempo. Schrittmacher waren die Schwerindustrie und der Maschinenbau. Preußen wurde auch wirtschaftlich zur Vormacht Deutschlands. Die ökonomische Kraft stärkte das politische Selbstbewußtsein des liberalen Bürgertums. Die 1861 entstandene Deutsche Fortschrittspartei wurde in Preußen die stärkste Partei im Parlament und verweigerte der Regierung die Mittel, als diese die Heeresstruktur in reaktionärem Sinne verändern wollte. Der neuernannte Ministerpräsident Otto von Bismarck (1862) ging auf die Kraftprobe ein und regierte mehrere Jahre lang ohne die nach der Verfassung erforderliche Genehmigung des Haushalts durch das Parlament. Die Fortschrittspartei wagte keinen über parlamentarische Opposition hinausgehenden Widerstand.

Seine innenpolitisch prekäre Stellung konnte Bismarck durch außenpolitische Erfolge festigen. Im Deutsch-Dänischen Krieg (1864) zwangen Preußen und Österreich die Dänen zur Abtretung Schleswig-Holsteins, das sie zunächst gemeinsam verwalteten. Bismarck betrieb jedoch von Anfang an die Annexion der beiden Herzogtümer und steuerte den offenen Konflikt mit Österreich an. Im Deutschen Krieg (1866) wurde Österreich geschlagen und mußte die deutsche Szene verlassen. Der Deutsche Bund wurde aufgelöst; an seine Stelle trat der alle deutschen Staaten nördlich des Mains umfassende Norddeutsche Bund mit Bismarck als Bundeskanzler.

Das Bismarckreich. Bismarck arbeitete nun auf die Vollenendung der deutschen Einheit im kleindeutschen Sinne hin. Den Widerstand Frankreichs brach er im Deutsch-Franzö-

Reichskanzler
Otto von
Bismarck
(1815-1898);
Foto vom
27. Dezember
1886,
koloriert



sischen Krieg (1870/71), der durch einen diplomatischen Konflikt um die Thronfolge in Spanien ausgelöst wurde. Frankreich mußte Elsaß-Lothringen abtreten und eine hohe Reparationssumme zahlen. In der patriotischen Begeisterung des Krieges schlossen sich die süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund zum Deutschen Reich zusammen; in Versailles wurde am 18. Januar 1871 König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen.

Die deutsche Einheit war nicht durch Volksbeschluß, „von unten“, sondern durch Fürstenvertrag, „von oben“, zustande gekommen. Das Übergewicht Preußens war erdrückend; vielen erschien das neue Reich als ein „Groß-Preußen“. Der Reichstag wurde nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählt. Er hatte zwar keinen Einfluß auf die Regierungsbildung, wohl aber durch seine Beteiligung an der Reichsgesetzgebung und durch das Budgetrecht auf die Ausübung der Regierungsgeschäfte. Obgleich der Reichskanzler nur dem Kaiser und nicht dem Parlament verantwortlich war, mußte er sich doch um eine Mehrheit für seine Politik im Reichstag bemühen. Das Wahlrecht für die Volksvertretungen der einzelnen Länder war noch uneinheitlich. Elf der deutschen Bundesstaaten hatten noch ein vom Steueraufkommen abhängiges Klassenwahlrecht, bei vier anderen bestand die alte ständische Gliederung der Volksvertretungen. Die süddeutschen Staaten mit ihrer größeren parlamentarischen Tradition reformierten nach der Jahrhundertwende ihr Wahlrecht, und Baden, Württemberg und Bayern glichen es dem Reichstagswahlrecht an. Die Entwicklung Deutschlands zu einem modernen Industrieland stärkte den Einfluß des wirt-

schaftlich erfolgreichen Bürgertums. Trotzdem blieben der Adel und vor allem das überwiegend aus Adligen bestehende Offizierskorps in der Gesellschaft tonangebend. Bismarck regierte neunzehn Jahre lang als Reichskanzler. Durch eine konsequente Friedens- und Bündnispolitik suchte er dem Reich eine gesicherte Stellung in dem neuen europäischen Kräfteverhältnis zu schaffen. In Gegensatz zu dieser weitsichtigen Außenpolitik stand seine Innenpolitik. Den demokratischen Tendenzen der Zeit stand er verständnislos gegenüber; politische Opposition galt ihm als „reichsfeindlich“. Erbittert, aber letztlich erfolglos bekämpfte er den linken Flügel des liberalen Bürgertums, den politischen Katholizismus und besonders die organisierte Arbeiterbewegung, die durch das „Sozialistengesetz“ zwölf Jahre lang (1878-1890) unter Ausnahmerecht gestellt war. Die mächtig anwachsende Arbeiterschaft wurde so, trotz fortschrittlicher Sozialgesetze, dem Staat entfremdet. Bismarck fiel schließlich dem eigenen System zum Opfer, als er 1890 von dem jungen Kaiser Wilhelm II. entlassen wurde.

Wilhelm II. wollte selbst regieren, doch fehlten ihm dazu Kenntnisse und Stetigkeit. Mehr durch Reden als durch Handlungen erweckte er den Eindruck eines friedensbedrohenden Gewaltherrschers. Unter ihm erfolgte der Übergang zur „Weltpolitik“; Deutschland suchte den Vorrang der imperialistischen Großmächte aufzuholen und geriet dabei zunehmend in die Isolierung. Innenpolitisch schlug Wilhelm II. bald einen reaktionären Kurs ein, nachdem sein Versuch, die Arbeiterschaft für ein „soziales Kaisertum“ zu gewinnen, nicht zu dem erhofften raschen Erfolg geführt hatte. Seine Kanzler stützten sich auf wechselnde Koalitionen aus dem konservativen und bürgerlichen Lager; die Sozialdemokratie, obwohl eine der stärksten Parteien mit einer Wählerschaft von Millionen, blieb weiterhin von jeder Mitwirkung ausgeschlossen.

Der Erste Weltkrieg. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 führte zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die Frage nach der Schuld an diesem Krieg ist nach wie vor umstritten. Sicher haben ihn Deutschland und Österreich auf der einen, Frankreich, Rußland und England auf der anderen Seite nicht bewußt gewollt, doch waren sie bereit, ein entsprechendes Risiko auf sich zu nehmen. Alle hatten von Anfang an fest umrissene Kriegsziele, für deren Verwirklichung eine militärische Auseinandersetzung zumindest nicht unwillkommen

war. Die im deutschen Aufmarschplan vorgesehene rasche Niederwerfung Frankreichs gelang nicht. Vielmehr erstarrte der Kampf im Westen nach der deutschen Niederlage in der Marne-Schlacht bald in einem Stellungskrieg, der schließlich in militärisch sinnlosen Materialschlachten mit ungeheuren Verlusten auf beiden Seiten gipfelte. Der Kaiser trat seit Kriegsbeginn in den Hintergrund; die schwachen Reichskanzler mußten sich im Verlauf des Krieges immer stärker dem Druck der Obersten Heeresleitung mit Feldmarschall Paul von Hindenburg als nominellem Chef und General Erich Ludendorff als eigentlichem Kopf beugen. Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten 1917 brachte schließlich die sich schon längst abzeichnende Entscheidung, an der auch die Revolution in Rußland und der Friede im Osten nichts mehr zu ändern vermochten. Obwohl das Land völlig ausgeblutet war, bestand Ludendorff in Verkennung der Lage noch bis zum September 1918 auf einem „Siegfrieden“, verlangte dann aber überraschend den sofortigen Waffenstillstand. Mit dem militärischen Zusammenbruch ging der politische einher. Widerstandslos räumten Kaiser und Fürsten im November 1918 ihre Throne; keine Hand rührte sich zur Verteidigung der unglaublich gewordenen Monarchie. Deutschland wurde Republik.

Die Weimarer Republik. Die Macht fiel den Sozialdemokraten zu. Ihre Mehrheit hatte sich von revolutionären Vorstellungen früherer Jahre längst abgewandt und sah ihre Hauptaufgabe darin, den geordneten Übergang von der alten zur neuen Staatsform zu sichern. Das Privateigentum in Industrie und Landwirtschaft blieb unangetastet; die zumeist antirepublikanisch gesinnte Beamten- und Richterschaft wurde vollzählig übernommen; das kaiserliche Offizierskorps behielt die Befehlsgewalt über die Truppen. Gegen Versuche linksradikaler Kräfte, die Revolution in sozialistischer Richtung weiterzutreiben, wurde militärisch vorgegangen. In der im Januar 1919 gewählten Nationalversammlung, die in Weimar tagte und eine neue Reichsverfassung beschloß, hatten die drei uneingeschränkt republikanischen Parteien – Sozialdemokraten, Deutsche Demokratische Partei und Zentrum – die Mehrheit. Doch wurden im Laufe der zwanziger Jahre im Volk und im Parlament diejenigen Kräfte immer stärker, die dem demokratischen Staat mit mehr oder weniger großen Vorbehalten gegenüberstanden. Die Weimarer Republik war eine „Republik ohne Republikaner“, rabiāt bekämpft von ihren Gegnern und nur halbherzig verteidigt von ihren Anhängern. Vor allem hatten die wirtschaftliche Not der

Nachkriegszeit und die drückenden Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles, den Deutschland 1919 unterschreiben mußte, eine tiefe Skepsis gegenüber der Republik entstehen lassen. Eine wachsende innenpolitische Instabilität war die Folge.

1923 erreichten die Wirren der Nachkriegszeit ihren Höhepunkt (Inflation, Ruhrbesetzung, Hitlerputsch, kommunistische Umsturzversuche); danach trat mit der wirtschaftlichen Erholung eine gewisse politische Beruhigung ein. Die Außenpolitik Gustav Stresemanns gewann dem besiegten Deutschland durch den Locarno-Vertrag (1925) und den Beitritt zum Völkerbund (1926) die politische Gleichberechtigung zurück. Kunst und Wissenschaft erlebten in den „goldenen zwanziger Jahren“ eine kurze, intensive Blütezeit. Nach dem Tod des ersten Reichspräsidenten, des Sozialdemokraten Friedrich Ebert, wurde 1925 der ehemalige Feldmarschall Hindenburg als Kandidat der Rechten zum Staatsoberhaupt gewählt. Er hielt sich zwar strikt an die Verfassung, fand aber nie ein inneres Verhältnis zum republikanischen Staat. Der Niedergang der Weimarer Republik begann mit der Weltwirtschaftskrise 1929. Linker und rechter Radikalismus machten sich Arbeitslosigkeit und allgemeine Not zunutze. Im Reichstag fanden sich keine regierungsfähigen Mehrheiten mehr; die Kabinette waren abhängig von der Unterstützung des Reichspräsidenten. Die bisher bedeutungslose nationalsozialistische Bewegung Adolf Hitlers, die extrem antidemokratische Tendenzen und einen wütenden Antisemitismus mit scheinrevolutionärer Propaganda verband, gewann seit 1930 sprunghaft an Gewicht und wurde 1932 stärkste Partei. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Außer Mitgliedern seiner Partei gehörten dem Kabinett auch einige Politiker des rechten Lagers und parteipolitisch ungebundene Fachminister an, so daß die Hoffnung bestand, eine Alleinherrschaft der Nationalsozialisten zu verhindern.

Die Diktatur des Nationalsozialismus. Hitler entledigte sich rasch seiner Bundesgenossen, sicherte sich durch ein Ermächtigungsgesetz, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmten, nahezu unbegrenzte Befugnisse und verbot alle Parteien außer der eigenen. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen, die Grundrechte praktisch außer Kraft gesetzt, die Pressefreiheit aufgehoben. Gegen mißliebige Personen ging das Regime mit rücksichtslosem Terror vor; Tausende verschwanden ohne Gerichtsverfahren in eilig

errichteten Konzentrationslagern. Parlamentarische Gremien auf allen Ebenen wurden abgeschafft oder entmachtet. Als 1934 Hindenburg starb, vereinigte Hitler in seiner Person das Kanzler- und das Präsidentenamt. Damit bekam er als Oberster Befehlshaber die Wehrmacht in seine Hand, die zunächst noch ein gewisses Eigenleben geführt hatte.

In den wenigen Jahren der Weimarer Republik hatte das Verständnis für die freiheitlich-demokratische Ordnung bei der Mehrheit der Deutschen noch keine tiefen Wurzeln geschlagen. Vor allem hatten langjährige innenpolitische Wirren, gewalttätige Auseinandersetzungen – bis hin zu blutigen Straßenschlachten – zwischen den politischen Gegnern und die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöste Massenarbeitslosigkeit das Vertrauen in die Staatsgewalt schwer erschüttert. Hitler dagegen gelang es, mit Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungsprogrammen die Wirtschaft wieder zu beleben und die Arbeitslosigkeit schnell abzubauen. Dabei wurde er durch das Ende der Weltwirtschaftskrise begünstigt.

Daß Hitler auch seine außenpolitischen Ziele zunächst fast widerstandslos durchsetzen konnte, stärkte seine Stellung zusätzlich: 1935 kehrte das Saargebiet, das bis dahin unter Völkerbundsverwaltung stand, zu Deutschland zurück, und im gleichen Jahr wurde die Wehrhoheit des Reiches wiederhergestellt; 1936 rückten deutsche Truppen in das seit 1919 entmilitarisierte Rheinland ein; 1938 wurde Österreich dem Reich einverleibt und gestatteten die Westmächte Hitler die Annexion des Sudetenlandes. Das alles erleichterte ihm die Verwirklichung seiner weiteren Ziele, auch wenn es in allen Bevölkerungsschichten Menschen gab, die dem Diktator mutig Widerstand leisteten.

Sofort nach der Machtergreifung hatte das Regime mit der Verwirklichung seines antisemitischen Programms begonnen. Nach und nach wurden die Juden aller Menschen- und Bürgerrechte beraubt. Wer es konnte, suchte der Drängsalierung durch Flucht ins Ausland zu entgehen.

Die Verfolgung politischer Gegner und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit trieben gleichfalls Tausende aus dem Lande. Viele der besten deutschen Intellektuellen, Künstler und Wissenschaftler gingen in die Emigration.

Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen. Doch Hitler wollte mehr. Er betrieb von Anfang an die Vorbereitung eines Krieges, den er zu führen bereit war, um die Herrschaft über ganz Europa zu erringen. Dies stellte er bereits im März 1939 unter Beweis, als er seine Truppen in die Tschechoslowakei einmarschieren ließ. Am 1. September 1939

entfesselte er mit dem Angriff auf Polen den Zweiten Weltkrieg, der fünfeinhalb Jahre dauerte, weite Teile Europas verwüstete und rund 55 Millionen Menschen das Leben kostete.

Zunächst besiegten die deutschen Armeen Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland; in der Sowjetunion drangen sie bis kurz vor Moskau vor, und in Nordafrika bedrohten sie den Suez-Kanal. In den eroberten Ländern wurde ein hartes Besatzungsregime errichtet; dagegen erhoben sich Widerstandsbewegungen. 1942 begann das Regime mit der „Endlösung der Judenfrage“: Alle Juden, derer man habhaft werden konnte, wurden in Konzentrationslager gebracht und ermordet. Die Gesamtzahl der Opfer wird auf sechs Millionen geschätzt. Das Jahr, in dem dieses unfassbare Verbrechen seinen Anfang nahm, brachte die Wende des Krieges; von nun an gab es Rückschläge auf allen Kriegsschauplätzen.

Der Terror des Regimes und die militärischen Rückschläge stärkten den inneren Widerstand gegen Hitler. Seine Exponenten kamen aus allen Schichten des Volkes. Ein vornehmlich von Offizieren getragener Aufstand am 20. Juli 1944 scheiterte. Hitler überlebte ein Bombenattentat in seinem Hauptquartier und nahm blutige Rache. Über vier-tausend Menschen aller Gesellschaftsschichten, die am Widerstand beteiligt gewesen waren, wurden in den nächsten Monaten hingerichtet. Als herausragende Gestalten des Widerstandes, stellvertretend für alle Opfer, seien hier Generaloberst Ludwig Beck, Oberst Graf Stauffenberg, der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler und der Sozialdemokrat Julius Leber genannt.

Der Krieg ging weiter. Unter riesigen Opfern setzte Hitler den Kampf fort, bis das ganze Reichsgebiet von den Alliierten besetzt war; am 30. April 1945 beging der Diktator Selbstmord. Sein testamentarisch eingesetzter Nachfolger, Großadmiral Dönitz, vollzog acht Tage später die bedingungslose Kapitulation.

Von 1945 bis zur Gegenwart

Weichenstellungen nach 1945. Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Truppen am 8./9. Mai 1945 blieb die letzte Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz noch zwei Wochen im Amt. Dann wurde sie verhaftet. Ihre Mitglieder stellte man später mit anderen hohen Amtsträgern der nationalsozialistischen Diktatur bei den Nürnberger Prozessen unter Anklage wegen Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit.

Im Reichsgebiet übernahmen die Siegermächte – die USA, Großbritannien, die Sowjetunion und Frankreich – am 5. Juni die oberste Gewalt. Ihr Kernziel war gemäß dem Londoner Protokoll (12. September 1944) und darauf basierender Folgeabsprachen die totale Verfügungsgewalt über Deutschland. Grundlage dieser Politik bildete die Aufteilung des Landes in drei Besatzungszonen mit einer dreigeteilten Hauptstadt Berlin und einem gemeinsamen Kontrollrat der drei Oberbefehlshaber.

Die Aufteilung in Besatzungszonen sollte Deutschland für immer daran hindern, nach 1914 und 1939 nochmals nach der Weltmacht zu greifen. Man wollte den „teutonischen Eroberungsdrang“ künftig ruhigstellen, Preußen als Hort des Militarismus vernichten, die Deutschen für Völ-

Winston Churchill
(Großbritannien),
Franklin D. Roosevelt
(USA) und
Josef Stalin
(Sowjetunion;
von links)
während der
Konferenz
von Jalta



kermord und Kriegsverbrechen bestrafen und im demokratischen Geist umerziehen.

Auf der Konferenz von Jalta (Krim) im Februar 1945 wurde Frankreich von den großen Drei in ihren Kreis als vierte Kontrollmacht unter Zuweisung einer eigenen Besatzungszone aufgenommen. In Jalta blieb nur die Absicht gültig, Deutschlands staatliche Eigenexistenz aufzuheben, jedoch eine Zerstückelung des Reichsgebiets zu unterlassen. Insbesondere Stalin war an der Erhaltung Deutschlands als Wirtschaftseinheit interessiert. Er verlangte für die schweren Opfer, die die Sowjetunion durch den deutschen Überfall erlitten hatte, so enorme Reparationsleistungen, daß diese von einer Zone allein nicht aufgebracht werden konnten. Moskau forderte neben 20 Milliarden Dollar die vollständige Überlassung von 80 Prozent aller deutschen Industriebetriebe an die Sowjetunion.

Nach ersten anderslautenden Plänen traten auch die Briten und Amerikaner für die Erhaltung eines lebensfähigen Rumpfdeutschlands ein. Dies jedoch nicht aus Gier nach Reparationen, sondern weil – etwa seit Herbst 1944 – US-Präsident Roosevelt im Rahmen eines globalen Gleichgewichtssystems auch ein stabiles Mitteleuropa anstrebte. Dafür war die Wirtschaftsbasis in Deutschland unverzichtbar. Entsprechend schnell verwarf er auch den berühmten Morgenthau-Plan (September 1944), wonach die deutsche Nation vom Ackerbau leben und in einen nord- und einen süddeutschen Staat geteilt werden sollte. Die Siegermächte verband bald nur noch das gemeinsame Ziel der Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands.



**Potsdamer
Konferenz,
17. Juli
bis 2. August
1945:**
von links
**Clement R.
Attlee (Groß-
britannien),
Harry S.
Truman (USA)
und Josef
Stalin (So-
wjetunion)**

Dessen Parzellierung wurde um so rascher „zum Lippen- dienst für eine sterbende Idee“ (Charles Bohlen), als die Westmächte mit Befremden erkennen mußten, daß Stalin unmittelbar nach der militärischen Befreiung bzw. Eroberung Polens und Südosteuropas eine massive Sowjetisierung dieser Länder einleitete.

Am 12. Mai 1945 telegrafierte Churchill an US-Präsident Truman, vor der Front der sowjetischen Truppen sei ein „eiserner Vorhang“ niedergegangen. „Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht.“ Sorgenvoll prüfte der Westen fortan die möglichen Konsequenzen, wenn man über die Reparationspolitik an Rhein und Ruhr Stalin mitentscheiden lassen würde.

Die Folge war, daß es auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945), deren ursprüngliches Ziel die Schaffung einer europäischen Nachkriegsordnung war, zu Abmachungen kam, die die zutage getretenen Spannungen weit mehr festschrieben als lösten: Einig war man sich in der Frage der Entnazifizierung, Entmilitarisierung, ökonomischen Dezentralisierung sowie der Erziehung der Deutschen zur Demokratie. Ferner gab der Westen seine folgenschwere Zustimmung zur Ausweisung Deutscher aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. In krassem Widerspruch zu dem westlichen Vorbehalt einer „humanen Durchführung“ dieser Ausweisung wurden rund 7,75 Millionen Deutsche in der Folgezeit brutal vertrieben. Sie bezahlten mit für deutsche Schuld, aber auch für die Verschiebung der polnischen Westgrenze als Folge der sowjetischen Okkupation Königsbergs und Ostpolens. Ein Minimalkonsens wurde lediglich erzielt mit der Erhaltung der vier Besatzungszonen als wirtschaftlicher und politischer Einheiten. Jede Besatzungsmacht sollte indessen ihre Reparationen zunächst aus der eigenen Besatzungszone abdecken.

Damit war jedoch – wie sich in der Folgezeit erwies – eine grundsätzliche Weichenstellung getroffen worden: Nicht nur mit der Handhabung der umfangreichen Reparationen, sondern mit der Anbindung der vier Zonen an unterschiedliche politische und wirtschaftliche Systeme wurde Deutschland zu dem Land, in dem sich wie nirgends sonst in der Welt der Kalte Krieg manifestierte. Inzwischen war in den einzelnen Besatzungszonen mit dem Aufbau deutscher Parteien und Verwaltungsorgane begonnen worden. Sehr rasch und unter straffer Lenkung ging dies in der Sowjetzone vor sich; dort wurden bereits im Jahre 1945 Parteien im Zonenmaßstab zugelassen und mehrere Zentralverwaltungen gebildet.

Deutschland 1945



- Deutschland in den Grenzen von 1937
- Westzonen und Westsektoren von Berlin (ab 1949 Bundesrepublik Deutschland)
- Sowjetische Zone und Ostsektor von Berlin (ab 1949 Deutsche Demokratische Republik)
- Deutsche Ostgebiete unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung

In den drei Westzonen vollzog sich die Entwicklung des politischen Lebens von unten nach oben. Politische Parteien waren anfangs nur auf örtlicher Ebene, nach Bildung der Länder dann auch auf Landesebene zugelassen; Zusammenschlüsse im Zonenmaßstab kamen erst später zustande. Verwaltungsorgane auf Zonenebene gab es nur in Angeden Landes nur mit einer großzügigen Planung über Länder- und Zonengrenzen hinweg zu überwinden war und die Viermächteverwaltung nicht funktionierte, beschlossen die Vereinigten Staaten und Großbritannien 1947, ihre beiden Zonen in wirtschaftlicher Hinsicht zusammenzuschließen (Bizone). Das Duell der Herrschaftssysteme in Ost und West sowie die sehr unterschiedliche Handhabung der Reparationspolitik in den einzelnen Zonen führte zur Blockierung einer gesamtdeutschen Finanz-, Steuer-, Rohstoff- und Produktionspolitik mit der Folge einer tiefgreifenden Auseinander-

derentwicklung der Regionen. Frankreich war an einer übergreifenden Wirtschaftsverwaltung (Bizone/Trizone) zunächst nicht interessiert. Stalin meldete Ansprüche auf Mitkontrolle des Ruhrgebiets an, schottete aber zugleich seine Zone ab. So verbat er sich jegliche westliche Einmischung in die kommunistenfreundliche Ämterpolitik in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ). Gegen sowjetische Willkürmaßnahmen blieb man westlicherseits machtlos wie etwa bei der Zwangsvereinigung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946.

Angesichts der zunehmenden Umwandlung der Sowjetischen Besatzungszone in eine kommunistische Diktatur – bereits 1948 konnte von einem freiheitlichen System in der SBZ nicht mehr die Rede sein – begannen die Briten und Amerikaner verstärkt, den Aufbau ihrer eigenen Zonen zu forcieren. Es ging den westlichen Besatzungsmächten darum, wenn schon Nachkriegsdeutschland nicht mehr einheitlich verwaltet werden konnte, wenigstens Not und Elend in den Westzonen zu lindern und die Errichtung eines freiheitlichen und demokratischen Staatswesens einzuleiten. Die Entstehung des Kalten Krieges und die Teilung Deutschlands gingen so zeitlich fast einher.

Vom Feindstaat zur Partnerschaft. In Westdeutschland hatte US-Außenminister Byrnes mit seiner Stuttgarter Rede am 6. September 1946 den Wandel sichtbar gemacht. Stalins Okkupation und Grenzziehungen Polens wurden als bloß vorläufig bezeichnet. In Westdeutschland veränderte sich nach seinem Konzept die militärische Präsenz der Westalliierten von der Besatzungs- und Kontroll- zur Schutzmacht. Eine nur „weiche“ Reparationspolitik sollte die Deutschen von nationalistischem Revanchismus fernhalten und zur Kooperation ermuntern. Auf Initiative Großbritanniens und der USA wurde schließlich nach Überwindung des französischen Widerstandes die Trizone als einheitliches westliches Wirtschaftsgebiet errichtet. Die Gefahr eines weiteren sowjetischen Vorrückens nach Westen im Anschluß an den Staatsstreich in Prag am 25. Februar 1948 bewog Frankreich zuletzt dazu, auch die westliche Bündnisräson zu übernehmen. Byrnes' Vorstellungen fanden in der Bildung des Brüsseler Paktes (17. März 1948) und schließlich im Nordatlantik-Vertrag (4. April 1949) ihren sichtbaren Ausdruck.

Für die Funktionsfähigkeit einer solchen Vertragsgemeinschaft war die einheitliche politische und wirtschaftliche Organisation Westdeutschlands unerlässlich. Entspre-

chend einigten sich auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (23. Februar bis 3. März; 20. April bis 1. Juni 1948) unter erstmaliger Beteiligung der Beneluxstaaten Frankreich, Großbritannien und die USA auf eine gemeinsame staatliche Ordnung der westlichen Besatzungszonen. Am 20. März 1948 hatte auf der 82. Kontrollratssitzung der sowjetische Vertreter, Marschall Sokolowski, Auskunft über die Londoner Verhandlungen verlangt. Als seine westlichen Kollegen ausweichend antworteten, verließ Sokolowski den Kontrollrat und kehrte nicht zurück. Während die Westmächte noch mit der Ausarbeitung ihrer Empfehlungen für die westdeutschen Ministerpräsidenten zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung beschäftigt waren, nahm Stalin die Einführung der DM im Westen (Währungsreform am 20. Juni 1948) zum Anlaß, mit einer Blockade West-Berlins dessen Einverleibung in die Sowjetisch Besetzte Zone zu erzwingen. In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1948 wurde jegliche Landverbindung zwischen den Westzonen und West-Berlin gesperrt. Die Versorgung der Stadt aus dem Ostsektor mit Energie bzw. mit Lebensmitteln aus der SBZ hörte auf. Am 3. August 1948 forderte Stalin die Anerkennung Berlins als Hauptstadt der DDR, die am 7. Oktober 1949 ebenfalls eine eigene Regierung erhielt. Doch US-Präsident Truman blieb hart – gemäß seiner Devise vom 20. Juli, daß man weder auf West-Berlin („Kein München von 1938“) noch auf die Gründung des Weststaates verzichten dürfe. Bis zum 12. Mai 1949 wurde West-Berlin über eine alliierte Luftbrücke versorgt. Diese sichtbare Verbundenheit mit



1948/49
wurde Berlin
462 Tage
lang auf dem
Luftweg
versorgt
(„Luftbrücke“)

Berlin als Vorposten westlicher Politik und Lebenskultur sowie Amerikas Demonstration der Stärke förderten in Westdeutschland die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Bereits seit 1946 hatte Westdeutschland amerikanische Auslandshilfe erhalten (GARIOA-Programm). Aber erst mit Marshalls Kampfprogramm gegen „Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos“ (Marshall-Plan) erhielt Westdeutschland die entscheidende Anschubhilfe (von 1948 bis 1952 1,4 Milliarden Dollar) für seinen Wiederaufbau. Während in der Sowjetisch Besetzten Zone die Sozialisierung der Industrie voranging, setzte sich in Westdeutschland mit der Währungsreform zunehmend das Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ (Alfred Müller-Armack 1947) durch. Die neue Wirtschaftsordnung sollte auf der einen Seite eine „Versumpfung des Kapitalismus“ (Walter Eucken), auf der anderen Seite einen planwirtschaftlichen Zentralismus als Hemmschuh für Kreativität und Initiative verhindern. Dieses Wirtschaftsziel wurde im Bonner Grundgesetz ergänzt durch das Rechtsstaats- sowie Sozialstaatsprinzip und durch den föderativen Aufbau der Bundesrepublik. Die Verfassung wurde dabei bewußt lediglich als „Grundgesetz“ bezeichnet, um den provisorischen Charakter der Verfassung zu unterstreichen. Eine endgültige Verfassung sollte erst nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verabschiedet werden. Mit der feierlichen Verkündung durch den Parlamentarischen Rat in Bonn trat das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft.

In dieses Grundgesetz flossen naturgemäß viele Vorstellungen der westlichen Besatzungsmächte ein, die am 1. Juli

Konrad Adenauer, der
Präsident des
Parlamentarischen
Rates, unterzeichnet
am 23. Mai
1949 das
Grundgesetz



1948 (Frankfurter Dokumente) die westdeutschen Ministerpräsidenten mit der Ausarbeitung einer Verfassung beauftragt. Zugleich spiegeln sich in ihm aber auch die deutschen Erfahrungen mit der Weimarer Republik und dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat. Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee (10. bis 23. August 1948) sowie der Parlamentarische Rat in Bonn (65 aus den Landtagen delegierte Mitglieder traten am 1. September 1948 zusammen) banden im Grundgesetz (8. Mai 1949) die künftigen Regierungen, Parteien und sonstigen politischen Kräfte an die Prinzipien eines vorverlagerten Rechtsschutzes. Alle Bestrebungen zur Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sämtliche Versuche, sie durch eine Rechts- oder Linksdiktatur abzulösen, gelten seither als straf- und verbotswürdig. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet über die Frage der Verfassungswidrigkeit von Parteien.

Hatte noch die Weimarer Reichsverfassung – im naiven Glauben an eine volkslegislative Gesittung – in ihrem Art. 76 den Verfassungsfeinden formal das Recht eingeräumt, diese damals freieste Verfassung der Welt selber zu zerstören, so verbot nunmehr Art. 79 GG, die Bindung aller Staatsgewalt an die Menschenrechte zu verändern (Art. 1). Ebenso wurde die Abschaffung der demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderalen Ordnung verboten (Art. 20).

Diese Verpflichtungen waren der unmittelbare Reflex auf die Erfahrungen der NS-Diktatur. Sie hatte einst Not und Bedrängnis über die meisten der nun nach 1945 aktiven „Politiker der ersten Stunde“ gebracht, die jetzt in den Neuaufbau Deutschlands demokratische Traditionen aus dem Geist von 1848 und 1919 sowie aus dem „Aufstand des Gewissens“ am 20. Juli 1944 einbrachten. Sie alle verkörperten vor den Augen der Welt das „andere Deutschland“ und gewannen den Respekt der Besatzungsmächte. Männer wie der erste Bundespräsident Theodor Heuss (FDP), der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU), Ludwig Erhard (CDU) als „Lokomotive“ des „Wirtschaftswunders“, aber auch die großen Oppositionsführer der SPD wie Kurt Schumacher oder Erich Ollenhauer sowie der Weltbürger Carlo Schmid gaben dem neuen Parteiwesen in Westdeutschland sein unverkennbares Profil. Zug um Zug erweiterten sie die deutschen Mitspracherechte und den politischen Einfluß (Besatzungsstatut, Petersberger Abkommen, GATT-Mitgliedschaft, Beitritt zur Europäi-

schen Gemeinschaft für Kohle und Stahl). Im Juli 1951 erklärten Großbritannien, Frankreich und die USA den Kriegszustand mit Deutschland für beendet; die UdSSR folgte damit am 25. Januar 1955.

Sicherheit durch Westintegration und europäische Verständigung. Für Bundeskanzler Adenauer, der bis 1963 die Außen- und die Innenpolitik Deutschlands sehr stark persönlich prägte („Kanzlerdemokratie“), bildete die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit das oberste politische Ziel. Unabdingbare Voraussetzung dafür war die Einbindung Westdeutschlands in die atlantische Sicherheitsgemeinschaft. Entsprechend erfolgte zugleich mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts am 5. Mai 1955 der Eintritt der Bundesrepublik in die NATO. Das Bündnis sollte das maßgebliche Schutzschild sein, nach-



Die Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957

dem das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) an französischen Widerständen gescheitert war. Parallel dazu betrieb man jedoch den gemeinsamen Ausbau der Europäischen Gemeinschaften (Römische Verträge, 1957) zum antikommunistischen Bollwerk.

Adenauers Mißtrauen gegenüber Moskau wurzelte so tief, daß er 1952 gemeinsam mit dem Westen das Angebot Stalins ablehnte, Deutschland bis zur Oder-Neiße-Grenze unter Neutralitätsstatus wiederzueinigen. Zu unklar erschien ihm das Angebot des Diktators, als daß er die anstehende Westintegration der Bundesrepublik dafür aufs Spiel setzen wollte. Sein Argwohn erschien nur zu berechtigt, als am 17. Juni 1953 der Volksaufstand in der DDR gegen Unfreiheit und „Normenschinderei“ (Hans Mayer) von sowjetischen Panzern niedergewalzt wurde. Deutlich war

aber auch, daß sich ohne Moskau substantiell keine Bewegung in die deutsche Frage bringen ließ. Die nüchterne Staatsräson empfahl deshalb die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR als größter Macht in Europa. Neben diesem Ziel erreichte Adenauer bei seinem Moskauer Besuch im September 1955 die Freilassung der letzten 10 000 deutschen Kriegsgefangenen sowie von rund 20 000 Zivilpersonen.

Die Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn durch sowjetische Truppen im November 1956 sowie der „Sputnik-Schock“ (4. Oktober 1957) signalisierten einen beachtlichen Stärkezuwachs der UdSSR. Er äußerte sich in weiteren Zwangsmaßnahmen im Rahmen des sozialistischen Gesellschaftsaufbaus in der DDR, aber vor allem im Berlin-Ultimatum des Stalin-Nachfolgers Nikita Chruschtschow, der die Räumung West-Berlins durch die West-Alliierten innerhalb von sechs Monaten verlangte.

Deren entschiedene Ablehnung veranlaßte Chruschtschow zu dem Versuch, in der Berlin-Frage mit Locktönen voranzukommen. In der Tat führte der Besuch Chruschtschows in den USA 1959 zu beachtlichen atmosphärischen Verbesserungen („Geist von Camp David“). Jedenfalls meinte US-Präsident Eisenhower zum Kummer der Bonner Regierung, Rechtsverletzungen der Sowjets in Berlin seien nicht so gravierend, daß sie außerhalb Deutschlands als Grund für einen Gewaltkonflikt bewertet werden müßten.

Die Beunruhigung Bonns hinsichtlich der Sicherheit Berlins nahm zu, als mit der Präsidentschaft John F. Kennedys ein Generationenwechsel in der Spitze der US-Politik eintrat, der Adenauers Einfluß auf die amerikanische Europa-Politik erheblich reduzierte. Zwar garantierte Kennedy in seinen drei „Essentials“ (25. Juli 1961) den freien Zugang, die Präsenz der Westmächte und die Sicherheit West-Berlins, aber über diplomatische Proteste und symbolische Drohgebärden ging die Reaktion der Alliierten auf den Bau der Berliner Mauer (13. August 1961) nicht hinaus. Erneut konnte Moskau sein Protektorat absichern. Mit Sperranlagen, Todesstreifen und Pressionen wurde die „Abstimmung mit den Füßen“ gegen das DDR-Regime unterdrückt. Vor dem Mauerbau hatten fast drei Millionen Menschen die DDR verlassen; allein im Juli 1961 waren über 30 000 geflüchtet.

Mit der „Mauer“ hatten beide Supermächte ihre Claims abgesteckt. Die deutsche Frage war nicht gelöst, schien aber reguliert. Selbst nach der Kuba-Krise von 1962 setzte sich

der durch die atomare Pattsituation erzwungene Prozeß der Verständigung zwischen den beiden Supermächten fort.

Entsprechend mußte Bonn stärker nach eigenen Wegen suchen, und die zeitweilige Distanzierung zu Washington wurde in der Tat durch den „Sommer der französischen Freundschaft“ nach außen hin kompensiert. Mit dem Abschluß des Elysée-Vertrags im Januar 1963 gaben Adenauer und de Gaulle der deutsch-französischen Freundschaft besonderes Gewicht. Um die neue Qualität der beiderseitigen Beziehungen zu unterstreichen, hatte de Gaulle bei seinem triumphalen Staatsbesuch in Bonn (1962), wenige Monate vor der Vertragsunterzeichnung, von „dem großen deutschen Volk“ gesprochen. Man müsse, so der General, den Zweiten Weltkrieg weniger in der Kategorie der Schuld als in jener der Tragik sehen.

Mit der Verständigungspolitik nach Westen korrespondierte eine atmosphärische Aufklärung im Verhältnis zu Osteuropa. Im Dezember 1963 hatte die NATO in Athen mit ihrer neuen Strategie der abgestuften Reaktion („flexible response“) anstelle der massiven Vergeltung („massive retaliation“) ein entsprechendes Signal gesetzt.

Um mehr Bewegung in die starren Fronten zu bringen, suchte die Bundesrepublik nach besseren Beziehungen zumindest zu den Staaten im Vorfeld der UdSSR. Ohne offiziell die Hallstein-Doktrin – ihr Grundsatz war es, keine diplomatischen Beziehungen zu Staaten aufzunehmen, die ihrerseits diplomatische Beziehungen zur DDR unterhielten oder aufnahmen – als Bremse gegen die diplomatische Anerkennung der DDR aufzugeben, bauten die Nachfolger Adenauers, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger, ihre

Israels Ministerpräsident David Ben Gurion und Bundeskanzler Konrad Adenauer am 14. März 1960 in New York



Politik auf den harten Realitäten in Mitteleuropa auf. Dies geschah nicht zuletzt als Antwort auf die neue außenpolitische Linie der SPD-Opposition, für die Egon Bahr am 15. Juli 1963 die Formel „Wandel durch Annäherung“ geprägt hatte.

Die Errichtung deutscher Handelsmissionen in Bukarest und Budapest galt als verheißungsvoller Auftakt. Im Westen intensivierte sich die Zusammenarbeit zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft (EG) aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG; 8. April 1965). Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel trotz panarabischen Protests war ein wichtiger Schritt deutscher Verständigungspolitik. Anfang 1967 nahm Bonn diplomatische Beziehungen zu Rumänien auf. Im Juni 1967 folgte die Errichtung von Handelsmissionen in Bonn und Prag. Der Harmel-Bericht vom Dezember 1967 bereitete weitere Entspannungsschritte zumindest vor, indem er als Doppelziel der westlichen Allianz militärische Stärke bei gleichzeitiger Dialogbereitschaft gegenüber dem Ostblock fest schrieb. 1967 nahmen Bonn und Belgrad ihre diplomatischen Beziehungen wieder auf, die einst wegen Belgrads Anerkennung der DDR abgebrochen worden waren. Von Polen kamen Vorschläge für Abkommen über Gewaltverzicht in die diplomatische Debatte. Neben der Aussöhnung mit den europäischen Nachbarn und der Integration in die westliche Staatengemeinschaft hatte bereits Adenauer ganz besonderes Gewicht auf die Wie-



US-Präsident John F. Kennedy und Bundeskanzler Konrad Adenauer zu Beginn des Staatsbesuches im Juni 1963 auf dem Flughafen Köln/Bonn

dergutmachung gegenüber dem jüdischen Volk gelegt. Sechs Millionen Juden waren dem systematischen Ausrottungsfeldzug der Nazis zum Opfer gefallen. Es war nicht zuletzt die intensive persönliche Beziehung zwischen dem ersten Bundeskanzler und dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion, die maßgeblichen Einfluß auf die beginnende Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen hatte. Unvergessen ist das Treffen der beiden Staatsmänner am 14. März 1960 im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel. Adenauer unterstrich 1961 vor dem Parlament, die Bundesrepublik könne nur dann den vollständigen Bruch der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit dokumentieren, wenn auch materielle Wiedergutmachung geleistet würde. Bereits 1952 war in Luxemburg ein erstes Abkommen zur Zahlung von Eingliederungshilfe für

Bundeskanzler Konrad Adenauer begrüßt den zum Staatsbesuch eintreffenden französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle (4. September 1962)



jüdische Flüchtlinge in Israel unterzeichnet worden. Von den insgesamt rund 90 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung gingen etwa ein Drittel an Israel und jüdische Organisationen, insbesondere an die Jewish Claims Conference, einen Härtefonds für jüdische Verfolgte in aller Welt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern folgte allerdings erst 1965.

Deutsch-deutscher Dialog trotz Abgrenzung der DDR. Trotz weiterer Abgrenzungsmaßnahmen der DDR (z.B. Paß- und Visa-Pflicht für Transitverkehr zwischen Bundesrepublik und West-Berlin) und trotz des Schlags des Warschauer Pakts gegen die Prager Reformpolitik („Prager Frühling“, 1968) führte die „Breschnew-Doktrin“ von der Unteilbarkeit der sozialistischen Gebiete nicht zu gravierenden Rückschlägen im eingeleiteten Entspannungsprozeß. Im April 1969 erklärte sich Bonn zu vertraglichen Vereinbarungen mit der DDR unterhalb der Schwelle ihrer völkerrechtlichen Anerkennung bereit.

Freilich konnten deutsch-deutsche Übereinkünfte ohne vorherige Verständigung mit Moskau schwerlich erzielt werden. Als von dort der Vorschlag für ein Gewaltverzichtsabkommen in Bonn eintraf, gewann die sogenannte „Neue Ostpolitik“ der am 21. Oktober 1969 gebildeten Regierung der Sozialliberalen Koalition rasch Konturen.

Wenige Monate zuvor (5. März 1969) war Gustav Heinemann, schon zur Zeit Adenauers ein entschiedener Befürworter der Ost-West-Verständigung, Bundespräsident geworden. Daneben stand mit Willy Brandt ein Mann des aktiven Widerstandes gegen die Hitler-Diktatur an der Spitze einer Bundesregierung, die ihre Energien auf den Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung richtete. Die weltpolitischen Rahmenbedingungen waren günstig. Moskau und Washington führten Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT), und die NATO schlug Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen vor. Am 28. November 1969 trat die Bundesrepublik dem Atomwaffen-Sperrvertrag bei. Insgesamt setzte sich die neue Regierung nach den innenpolitischen Turbulenzen der Großen Koalition (Vietnamkonflikt, Notstandsgesetze, Auschwitzprozesse, Außerparlamentarische Opposition (APO), Kulturrevolten der akademischen Jugend) unter einen starken Erfolgsdruck bei der Einleitung ihrer Verständigungspolitik. Während die Gespräche über Gewaltverzicht in Moskau und Warschau anliefen, sondierten Bonn und Ost-Berlin

ebenfalls Möglichkeiten einer besseren Verständigung. Am 19. März 1970 trafen erstmals die Regierungschefs beider deutscher Staaten, Brandt und Stoph, in Erfurt zusammen. Die Begegnung fand am 21. Mai 1970 ihre Fortsetzung in Kassel. Im August 1970 konnte in Moskau der Vertrag über Gewaltverzicht und die Anerkennung des Status quo unterzeichnet werden. Beide Unterzeichner versicherten, keine Gebietsansprüche gegen „irgend jemand“ zu haben. In einem in Moskau übergebenen „Brief zur deutschen Einheit“ stellte die Bundesrepublik fest, daß der Vertrag nicht in Widerspruch zu dem Ziele stehe, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, „in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

Am 7. Dezember desselben Jahres folgte die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags, in dem die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenze (Oder-Neiße-Linie) bekräftigt wurde. Warschau und Bonn versicherten, keine Gebietsansprüche gegeneinander zu haben, und bekundeten die Absicht, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu verbessern. In einer „Information“ über humanitäre Maßnahmen stimmte Warschau der Aussiedlung Deutscher aus Polen und ihrer Familienzusammenführung durch das Rote Kreuz zu.

Um die vertragliche Ratifikation zu ermöglichen, wurde von Frankreich, Großbritannien, den USA und der UdSSR das Viermächte-Abkommen über Berlin unterzeichnet, wonach die Westsektoren Berlins kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik war, gleichzeitig aber die Vertretungsbefugnisse Bonns für West-Berlin anerkannt wurden. Ebenfalls sollten die „Bindungen“ zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik verbessert und die Beziehungen zwischen Ost-Berlin/DDR und West-Berlin ausgebaut werden (Unterzeichnung des Transitabkommens am 17. Dezember). Die Anerkennung der deutschen Bemühungen um Frieden und Entspannung erfolgte weltweit mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt (1971).

Gleichwohl erschien der erstmals in der Opposition stehenden CDU/CSU der Ertrag der Verhandlungen zu gering. Ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen Brandt scheiterte aber mit 249 zu 247 Stimmen. Am 17. Mai 1972 billigte der Deutsche Bundestag die Verträge mit der Sowjetunion und Polen. Die meisten Abgeordneten der CDU/CSU enthielten sich der Stimme. Der Bundestag bekräftigte in einer „Interpretierenden Entschließung“ zu den Verträgen, daß diese nicht im Widerspruch zur friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit stünden.

Ergänzt und abgerundet wurden die Ostverträge schließlich mit dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag, dem Gespräche und Verhandlungen seit Juni 1972 vorausgegangen waren. Nach Willy Brandts Wiederwahl zum Bundeskanzler am 14. Dezember 1972 war der Weg frei zur Vertragsunterzeichnung im Dezember desselben Jahres. In dem Vertrag schrieben die Partner den Verzicht auf die beiderseitige Androhung und Anwendung von Gewalt fest, ebenso die Unverletzlichkeit der deutsch-deutschen Grenze sowie die Respektierung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit beider Staaten. Ferner bekräftigten sie die Bereitschaft zur Regelung praktischer und humanitärer Fragen. Aufgrund der besonderen Qualität ihrer Beziehungen wurde die Errichtung von „Vertretungen“ statt der üblichen Botschaften vereinbart. Auch hier wurde bei Vertragsschluß seitens der Bundesregierung ein Brief übergeben, in dem weiterhin der Wille zur deutschen Einheit betont wurde. Daß der Vertrag diesem Ziel nicht zuwiderliefe, ließ sich die bayerische Staatsregierung vom Bundesverfassungsgericht bestätigen. Es stellte zudem fest, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich fortbestehe und mit der Bundesrepublik teildentisch sei. Die DDR könne nicht als Ausland, sondern nur als Inland gelten.

1973 wurde der Prager Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik unterzeichnet. Darin wurde das Münchener Abkommen von 1938 „nach Maßgabe dieses Vertrages“ als nichtig erkannt. Die Unverletzlichkeit der Grenzen und der Gewaltverzicht gehörten ebenfalls zu den Vereinbarungen.

Während in Wien Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen (MBFR) anliefen, ein sowjetisch-amerikanisches Abkommen über die Verhinderung eines Atomkriegs zustande kam und in Helsinki 35 Staaten die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) abhielten, wandelte sich das Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik nicht wesentlich. Einerseits profitierte Ost-Berlin materiell und finanziell von dem Grundlagenvertrag folgenden Einzelabkommen, andererseits blieb es auf ideologische Abgrenzung sorgsamst bedacht. Mit der Änderung der DDR-Verfassung entfiel der Begriff „Sozialistischer Staat Deutscher Nation“. Er wurde ersetzt durch „Sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“. Gestrichen wurde die Passage, „getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in die Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen“.

Gleichwohl bemühte sich auch Helmut Schmidt um die Fortführung einer Politik des Ausgleichs. Er hatte am 16. Mai 1974 den wegen eines Spionagefalls (Guillaume-Affäre) zurückgetretenen Willy Brandt im Amt des Bundeskanzlers abgelöst. Die Swing-Regelung, nach der die DDR ihren von der Bundesrepublik eingeräumten Kreditrahmen regelmäßig bis zu 850 Millionen DM überziehen konnte, wurde bis 1981 verlängert.

Auch in der Folge profitierte die DDR kräftig von den verschiedenen vom Westen finanzierten Transit-Regelungen, ohne sich ihrerseits politisch zu öffnen. Die KSZE-Schlußakte von Helsinki (1975), die Freizügigkeit im grenzüberschreitenden Verkehr sowie mehr Achtung von Menschen- und Bürgerrechten verieß, wurde nicht nur für die Bürger der DDR zur Enttäuschung. Schikanen im Grenzverkehr, willkürliche Einreiseverbote, Zurückweisungen von Besuchern der Leipziger Messe hörten nicht auf. Kritische Berichte über die DDR wurden mit der Ausweisung westlicher Journalisten bestraft. Einen weltweiten Prestigeverlust erlitt das SED-Regime mit seiner Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann. Gleichwohl hielt die Bundesrepublik um der Menschen in der DDR willen an ihrer Politik der Verständigung und des Zusammenhalts fest.

So wurden 1978 mit Ost-Berlin der Bau der Autobahn Berlin-Hamburg sowie die Instandsetzung der Transit-Wasserstraßen nach West-Berlin unter erheblicher Kostenbeteiligung der Bundesrepublik vereinbart. Außerdem ging der Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR weiter. Letztlich zahlte Bonn für die Entlassung von 33 755 Personen und für 250 000 Familienzusammenführungen über 3,5 Milliarden DM an die DDR.

„Raketentreit“ contra Entspannungspolitik. Während in Westeuropa die Einigung weitere Fortschritte machte, überlagerten neue Konflikte in Osteuropa das Ende des Jahrzehnts der Entspannung und den Beginn der achtziger Jahre. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen führten ebenso zu einer Klimaverschlechterung in den Ost-West-Beziehungen wie die Aufstellung von neuen Mittelstreckenraketen (SS 20) in der UdSSR. Es drohte der Rückfall in eine scharfe Konfrontation.

Auf diese gefährliche Destabilisierung der Sicherheitsbalance reagierte die NATO mit dem Beschluß, ihrerseits ab 1983 mit einer Raketen-Nachrüstung zu antworten. Zugleich wurden der UdSSR Rüstungskontrollverhandlungen angeboten (NATO-Doppelbeschluß). Aus Protest gegen

die Afghanistan-Invasion blieben die USA, Großbritannien, Kanada, Norwegen und die Bundesrepublik den Olympischen Spielen in Moskau 1980 fern. Für neue Bewegung sorgte die amerikanische Initiative einer sogenannten „Null“-Lösung, die den Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen bei gleichzeitigem Verzicht der NATO auf Stationierungen der Pershing-II-Raketen sowie neuer Marschflugkörper vorsah.

Während Bundeskanzler Schmidt zur Vermeidung von Sicherheitslücken auf die Nachrüstungsalternative pochte, bemühte er sich gleichzeitig im deutsch-deutschen Verhältnis um möglichst große Schadensbegrenzung. Trotz der Forderung von Staats- und Parteichef Erich Honecker nach einer eigenen Staatsbürgerschaft und trotz der drastischen Erhöhung der Mindestumtauschsätze für West-Besucher der DDR reiste Bundeskanzler Helmut Schmidt in die DDR, ohne indessen von Honecker substantielle Zugeständnisse erreichen zu können. Die zunehmende ideologische Verhärtung des Regimes war nicht zuletzt Reflex der anwachsenden Protesthaltung immer größerer Bevölkerungskreise im Nachbarstaat Polen, wo vor allem Wirtschaftsreformen, Freiheit und Abrüstung gefordert wurden.

Aber nicht nur im Osten gab es in der Raketendebatte Autoritätsverluste. Nachdem sich in Bonn die FDP zu einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel entschlossen hatte und sich aus der Koalition zu bewegen begann, kündigte die Basis der SPD, nicht zuletzt unter dem Druck der Friedensbewegung und Teilen der Gewerkschaften, Bundeskanzler Schmidt die Gefolgschaft auf, weil er unbeirrt am NATO-Doppelbeschluss festhielt. Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl durch ein konstruktives Mißtrauensvotum neuer Regierungschef einer CDU/CSU/FDP-Koalition. Er wahrte die sicherheitspolitische Kontinuität der Bonner Regierung und setzte die enge Zusammenarbeit mit Paris und Washington im Bemühen um den Ausbau und die Sicherung eines einigen Europas fort. Trotz gewaltiger Friedensdemonstrationen blieb die Regierung Helmut Kohls fest: Im November 1983 stimmte der Deutsche Bundestag der Nachrüstung zu. Damit wurde eine Krise der NATO abgewendet.

Schon Mitte der achtziger Jahre begann zwischen den Supermächten ein neuer Abrüstungsdialog. Die in der Bundesrepublik neu aufgestellten Raketen konnten bald danach wieder abgebaut werden. Abrüstung wurde damit

erstmalig Realität: „Frieden schaffen mit weniger Waffen“ (Bundeskanzler Kohl).

Vom Niedergang der DDR zur deutschen Einheit. Die am 7. Oktober 1949 gegründete DDR war ein Produkt Moskaus. Sie war von Beginn an eine kommunistische Diktatur, deren Fundament die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bildete. Kommandowirtschaft, Geheimpolizei, SED-Allmacht und strikte Zensur führten zu einer wachsenden Entfremdung zwischen Bevölkerung und Herrschaftsapparat. Eine – durch staatliche Preisfestlegung sowie Subventionierung – für den einzelnen sehr preisgünstige materielle und soziale Grundversorgung gab dem geschlossenen System gleichwohl jene Elastizität, die eine vielfältige Lebensgestaltung in sogenannten Nischenexistenzen ermöglichte. Große internationale DDR-Erfolge im Sport sorgten für Kompensation ebenso wie die Genußtuung der „Werk tätigen“, trotz extrem hoher Reparationsleistungen an die Sowjets innerhalb des Ostblocks bald die höchste Industrieproduktion und den höchsten Lebensstandard zu haben. Auf geistig-kulturelle Kontrolle und Bevormundung reagierten die Menschen mit dem Rückzug in die private Lebenssphäre.

Trotz der Propaganda von übererfüllten Jahresplänen, gewonnenen Produktionsschlachten wuchs hinter der Fassade antiimperialistischer Haßerziehung in Schule, Betrieb und Armee zunehmend die Einsicht, daß die ursprünglich angestrebte wirtschaftliche Überrundung des Westens Fiktion bleiben würde. Erschöpfung der Ressourcen, eine aggressive industrielle Umweltzerstörung und der Produktivitätsschwund infolge von Zentralismus und Planwirtschaft zwangen das SED-Regime, seine Versprechungen zu strecken. Immer häufiger mußten große finanzielle Anleihen im Westen aufgenommen werden. Im Konsumgüterbereich herrschte das Prinzip der Improvisation. Die Lebensqualität nahm ab, die Infrastruktur (Wohnungen, Verkehr, Umweltschutz) verrottete.

Eine umfassende Bespitzelung des gesamten Volkes, Indoktrination und krampfhaftige Solidaritätsappelle machten den Führungsanspruch „der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ (Art. 1 der DDR-Verfassung) vor allem für die junge Generation zur hohlen Vertröstungsrhetorik. Dagegen forderte die Bevölkerung endlich Rechte zur Selbst- und Mitbestimmung, vor allem aber mehr individuelle Freiheit sowie mehr und bessere Konsumgüter.

Während die Raketenstationierung, die Pläne der US-Regierung zum Bau eines weltraumgestützten Verteidigungssy-

systems (SDI-Programm) und eine fortgesetzte Nadelstichpolitik der DDR (z.B. Bau einer zweiten Mauer am Brandenburger Tor, Behinderungen im Luftkorridor nach Berlin) das diplomatische Großklima eisiger machten, brachten DDR-Bürger ihre eigene Führung in Bedrängnis. Dazu gehörte zum Beispiel die Weigerung ausreisewilliger DDR-Bürger, die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin wieder zu verlassen, bevor ihnen die Ausreise in den Westen nicht definitiv zugesagt worden war. Um Erleichterungen zugunsten der Menschen zu erzielen, erwirkte die Bundesregierung mehrfach große Bankenkredite für die DDR. Moskaus Befürchtung, dadurch käme es zu einer Aufweichung des Sozialismus, zerstreute Erich Honecker 1984 im „Neuen Deutschland“, dem Zentralorgan der SED: „Die Vereinigung von Sozialismus und Kapitalismus ist ebenso unmöglich wie die von Feuer und Wasser.“ Die offizielle Selbstsicherheit verdeckte jedoch kaum noch, daß mit den Reformbewegungen in den osteuropäischen Ländern der gesamte sozialistische Block zunehmend in die Defensive geriet. Honeckers Zurückweisung der Vorwürfe auf der KSZE-Konferenz in Ottawa (1985), im Ostblock werde den Menschen das Recht auf Rede- und Reisefreiheit vorenthalten, war eine Propagandalüge. Seit Anfang 1985 kamen immer mehr Menschen in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin sowie in die deutsche Botschaft in Prag. Bald sollte der neue Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, Nachfolger des im März verstorbenen Konstantin Tschernenko, zum wichtigsten Hoffnungsträger für die nach Freiheit strebenden Bürger der DDR werden.

1986 erklärte Gorbatschow die Beseitigung der Kernwaffen bis zur Jahrhundertwende zur wichtigsten politischen Aufgabe. Persönliche Begegnungen des Generalsekretärs mit US-Präsident Reagan in Genf und Reykjavik, die Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) in Stockholm sowie Verhandlungsvorbereitungen über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa (VKSE) waren Ausdruck einer neuen Dialogbereitschaft. Sie förderte deutsch-deutsche Vereinbarungen auf den Gebieten der Kultur, Kunst, Bildung und Wissenschaft. Ein Rahmenabkommen über Zusammenarbeit im Umweltschutz wurde ebenfalls erzielt. 1986 schlossen Saarlouis und Eisenhüttenstadt die erste Städtepartnerschaft zwischen Ost- und Westdeutschland. Doch vom neuen Schwung der Gorbatschow-Devisen „Perestroika“ und

„Glasnost“ wollte sich die SED-Führung nicht anstecken lassen. Die demokratische Umgestaltung der Gesellschaft in der UdSSR sollte auf die DDR nicht übergreifen. Trotz formulierter Kurt Hager, Politbüromitglied und oberster SED-Ideologe, man müsse seine Wohnung nicht deshalb neu tapezieren, weil dies der Nachbar mache.

Wie sehr damit Erwartungen in der eigenen Bevölkerung von der DDR-Führung ignoriert wurden, bezeugten Protestdemonstrationen in Ost-Berlin am 13. August, dem Tag des Mauerbaus. Gegen die Fortführung der deutschen Spaltung zielten Helmut Kohls Worte, die er bei Honeckers Arbeitsbesuch in Bonn (1987) an den Gast richtete: „Wir achten die bestehenden Grenzen, aber die Teilung wollen wir auf friedlichem Wege durch einen Prozeß der Verständigung überwinden“... „Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der Lebensgrundlagen unseres Volkes.“

Ein Fortschritt bei der Sicherung dieser Lebensgrundlagen war der Abschluß des INF-Vertrags zwischen Reagan und Gorbatschow. Danach mußten binnen drei Jahren alle in Europa stationierten amerikanischen und sowjetischen Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5000 Kilometern abgezogen und vernichtet werden. Die Bundesrepublik erklärte sich im Gegenzug zur Vernichtung ihrer 72 Pershing-IA-Raketen bereit.

Die allgemeine Entspannung verstärkte in der DDR die Forderung nach mehr Freiheit und Reformen. Anfang 1988 wurden bei Demonstrationen in Ost-Berlin 120 Anhänger der Friedensbewegung „Kirche von unten“ festgenommen. Für die Inhaftierten fand in der Gethsemane-Kirche ein Fürbittgottesdienst statt. Über 2000 Menschen nahmen daran teil; zwei Wochen später waren es 4000, die sich daran beteiligten.

In Dresden trieb die Polizei eine Demonstration für Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit auseinander. Im Mai nahm Honecker den Besuch des sowjetischen Verteidigungsministers Jasow zum Anlaß, vor den Gefahren des Imperialismus zu warnen.

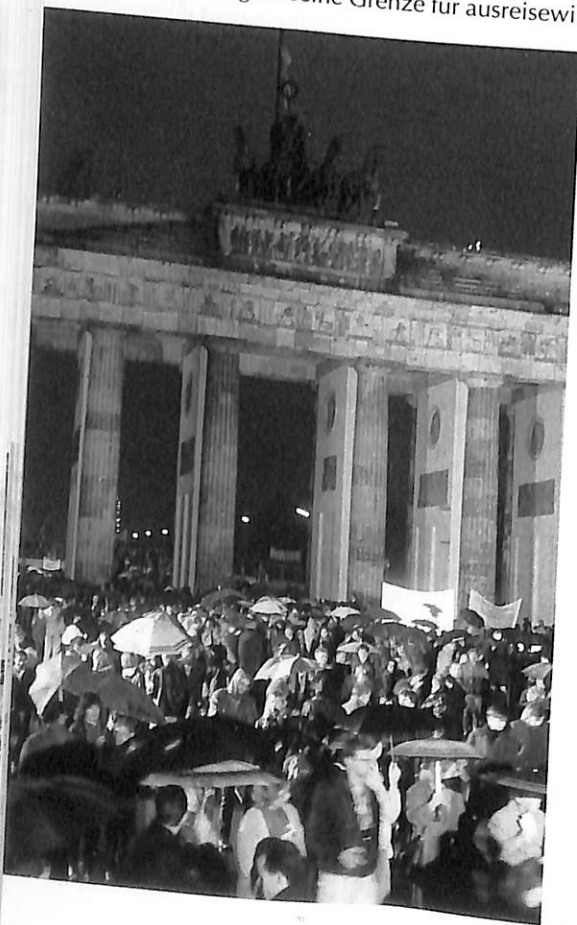
Obwohl Bundeskanzler Kohl gewisse Reiserleichterungen begrüßte, kam er vor dem Deutschen Bundestag im Dezember 1988 in seinem Bericht zur Lage der Nation nicht umhin, die Unterdrückung der Reformbestrebungen in der DDR zu beklagen. Für Staats- und Parteiführer Honecker waren die neuen Bürgerbewegungen indes nur „extremistische Ausfälle“. Auf die wiederholte Forderung nach Abbruch der Mauer antwortete er im Januar 1989, „der antifaschistische Schutzwall“ werde „so lange bleiben, wie die

Bedingungen nicht geändert werden, die zu seiner Errichtung geführt haben. Er wird auch in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehenbleiben.“

Die trotzige Starrheit der DDR-Führung in einer Phase, in der Gorbatschow von den Konturen eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ sprach und Helmut Kohl „das Zerbröckeln jahrzehntelanger Verkrustungen in Europa“ hoffnungsvoll feststellte, vertiefte den Unmut in der DDR-Bevölkerung. Zeitweilig mußte die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin unter dem Andrang der Ausreisewilligen geschlossen werden.

Und nun ging alles Schlag auf Schlag: Im September 1989 öffnete Ungarn seine Grenze für ausreisewillige DDR-Bür-

Im Dezember 1990 feiern Tausende auf beiden Seiten des Brandenburger Tors die Deutsche Einheit



ger, so daß Tausende von ihnen über Österreich in den Westen gelangen konnten. Dieser Einbruch in die Warschauer-Pakt-Disziplin ermutigte in der DDR immer mehr Menschen zu Protestaktionen, zunehmend auch außerhalb des kirchlichen Bereichs. Als die DDR-Führung Anfang Oktober 1989 mit großem Gepränge den 40. Jahrestag der Staatsgründung feierte, kam es vor allem in Leipzig zu Massenprotesten („Wir sind das Volk“).

Als letztes Mittel, die Grundpfeiler des SED-Regimes doch noch zu retten, wurde Honecker am 18. Oktober 1989 zum Rücktritt von der Staats- und Parteispitze gezwungen. Nachfolger als SED-Generalsekretär und Staatschef der DDR wurde Egon Krenz, dessen „Wende“-Versprechungen im Mißtrauen gegen seine Person erstickten. Unter dem Druck der Entwicklung traten Ministerrat und Politbüro der SED geschlossen zurück.

Die gewaltfreie „sanfte Revolution“ bewirkte eine Art Lähmung der Staatsorgane. So wurde es möglich, daß die mißverständliche Ankündigung eines neuen freizügigen Reisegesetzes durch den Berliner SED-Bezirkssekretär Schabowski die Öffnung der Grenzübertreite in Berlin am Abend des 9. November 1989 und eine unbeschreibliche Nacht voller Freude auslöste. Die Behörden schauten tatenlos zu. Sie hatten das Gesetz des Handelns aus den Händen verloren. Die Mauer war offen. Bald wurde sie abgetragen und in kleinen Betonstückchen als Souvenir in aller Welt angeboten.

Die Nachricht von der Öffnung der Mauer erreichte Bundeskanzler Kohl in Warschau. Er unterbrach seinen dortigen Besuch für einen Tag und eilte nach Berlin, um vom Balkon des Schöneberger Rathauses vor 20 000 Menschen zu

Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher im Gespräch mit Generalsekretär Gorbatschow in Stawropol/Kaukasus am 16. Juli 1990



sprechen. Er mahnte, in dieser glücklichen Stunde besonders zu bleiben, und dankte Gorbatschow sowie den Freunden im Westen für ihre Unterstützung. Der Geist der Freiheit erfasse ganz Europa, rief der Kanzler aus. In Warschau unterzeichnete er eine Erklärung über Ausbau und Vertiefung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa.

Der Umsturz in der DDR brachte die Chance zur jahrzehntelang erstrebten Wiedervereinigung Deutschlands. Doch Behutsamkeit schien geboten. Für Paris und London war dieses Ziel „nicht aktuell“, Gorbatschow warnte beim Treffen mit US-Präsident Bush auf einem Schiff vor Malta (Dezember 1989) vor jeder künstlichen Forcierung der deutschen Frage, und in der DDR selbst verband die neue Regierung Modrow mit dem Wunsch nach raschen Reformen die Forderung nach dem Erhalt der Eigenstaatlichkeit. Bundeskanzler Kohl suchte deshalb dem Ziel der Einheit über ein Zehn-Punkte-Programm näher zu kommen, das mittels konföderativer Strukturen die Herstellung einer Vertragsgemeinschaft ermöglichen sollte und einen grundlegenden Wandel des politischen und ökonomischen Systems in der DDR zur Voraussetzung hatte. Und er bezeichnete die „Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands“ als das entscheidende politische Ziel seiner Regierung.

Bundeskanzler Kohl war darauf bedacht, die direkten Verhandlungen mit der DDR in die von EG und KSZE bestimmte gesamteuropäische Entwicklung einzubetten. Dabei vermied er es, einen konkreten Zeitrahmen für die Verhandlungen zu nennen, um nicht jenes Mißtrauen zu nähren, das bereits zu Beginn des Einigungsprozesses hinsichtlich einer möglichen deutschen Großmachtrolle international zu vernehmen war. Noch schien der Weg bei der Staaten bis zur Einigung lang zu werden, nachdem Gorbatschow vor dem Zentralkomitee der KPdSU noch im Dezember 1989 versichert hatte, Moskau werde die DDR „nicht im Stich lassen“. Sie sei ihr strategischer Verbündeter im Warschauer Pakt. Es müsse unverändert von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgegangen werden, zwischen denen sich eine friedliche Zusammenarbeit aber durchaus entwickeln könne.

Über deren Tempo und ihre Inhalte, so nahm Bundeskanzler Kohl das Thema auf, mußten vor allem die Menschen in der DDR selber bestimmen. Doch der Zeitfaktor entglitt der Politik zusehends. Am 15. Januar 1990 demonstrierten

Bundesinnenminister Schäuble und DDR-Staatssekretär Krause bei der Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 31. August 1990 in Berlin



in Leipzig 150 000 Menschen mit der Parole „Deutschland einig Vaterland“. Die Menschen in der DDR mißtrauten ihrer neuen Regierung, der Sog des Westens verstärkte sich, die allgemeine Destabilisierung nahm rapide zu. Noch ging Gorbatschow aber aus seiner Reserve nicht heraus, zumal sich Polen und Ungarn der Moskauer Führung weiter entzogen, Ceausescu im Dezember 1989 gestützt worden war und das sicherheitspolitische Gleichgewicht mit einem Ausscheren der DDR aus dem Warschauer Pakt ins Wanken geraten mußte. Auch von westlicher Seite kamen Mahnungen, bei der Schaffung der Einheit „den legitimen Sorgen der Nachbarländer Deutschlands Rechnung zu tragen“ (US-Außenminister Baker in Berlin). Der Einigungsprozeß konnte schließlich nur fortgeführt werden durch die Zusicherungen Bonns, mit der Frage der Einheit keine Verschiebung bestehender Grenzen zu verbinden, im Fall der Vereinigung nicht die NATO-Strukturen auf das Gebiet der Ex-DDR auszudehnen und in Kompensation des strategischen Vorteilsgewinns eine Verminderung der deutschen Streitkräfte anzubieten. US-Präsident Bush stimmte der Einheit unter der Bedingung zu, daß die Bundesrepublik in der NATO verbleibe. Am 18. März 1990 fanden in der DDR erstmals nach 40 Jahren freie Wahlen statt. An die Spitze einer großen Koalition aus CDU, DSU, DA, SPD und FDP trat Lothar de Maizière. Mit ihm vereinbarte Bonn den Fahrplan für eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990, nachdem augenfällig geworden war, daß eine ökonomische Basis für die Fortsetzung einer staatlichen Eigenexistenz der DDR nicht mehr vorhanden war und sich die Mehrzahl der Bürger in der DDR für den Beitritt zur Bundesrepublik entschieden hatte. Im August

1990 sprach sich die Volkskammer für den schnellstmöglichen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik aus. Am 31. August konnte der entsprechende „Einigungsvertrag“ von DDR-Staatssekretär Krause und Bundesinnenminister Schäuble unterzeichnet werden. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 GG erfolgte am 3. Oktober 1990. Die – wieder neu geschaffenen – Länder der DDR, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, wurden Länder der Bundesrepublik Deutschland. Berlin wurde zur Hauptstadt bestimmt, und das Grundgesetz trat, mit gewissen Änderungen, für das Beitrittsgebiet in Kraft.

Die Einheit war möglich geworden, nachdem im Juli 1990 Gorbatschow bei seinen Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl in Moskau und im Kaukasus seine Zustimmung zur Vereinigung beider deutscher Staaten gegeben hatte. Vorbedingung dafür waren der Verzicht der Bundesrepublik auf ABC-Waffen, die Reduzierung der Truppenstärke auf 370 000 Mann sowie der Verzicht auf die Ausdehnung von militärischen NATO-Strukturen auf DDR-Territorium, solange dort sowjetische Truppen stationiert sein würden. Deren Rückführung bis Ende 1994 wurde vereinbart, wobei Bundeskanzler Kohl finanzielle Rückgliederungshilfen zusagte. Mit Gorbatschows Zustimmung wurde der Weg auch frei zur Unterzeichnung des sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrags im September 1990. Darin bestätigten die die Vertreter der beiden deutschen Staaten die Bildung des vereinten Deutschlands, bestehend aus den Gebieten der DDR, der Bundesrepublik und Berlins. Deutschlands Außengrenzen wurden als endgültig anerkannt. Dem besonderen, historisch bedingten Sicherheitsbedürfnis Polens Rechnung tragend, versicherten sich Bonn und Warschau in einem ergänzenden Vertrag der wechselseitigen Respektierung ihrer territorialen Integrität und Souveränität.

Mit der Ratifikation des Einigungs- sowie des Zwei-plus-Vier-Vertrags endeten die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Siegermächte „in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“. Deutschland gewann damit die volle Souveränität über seine inneren wie äußeren Angelegenheiten zurück, die es 45 Jahre zuvor mit dem Untergang der NS-Diktatur verloren hatte.

Weichenstellungen für die Zukunft. Nach der Herstellung der Einheit Deutschlands und den gewaltigen politischen Ver-

änderungen, die der Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt im östlichen Europa bewirkte, standen und stehen die Bundesrepublik und ihre Partner vor völlig neuen Herausforderungen.

- ▷ Der Aufbau in den neuen Bundesländern muß vorangetrieben und die innere Einheit Deutschlands vollendet werden
- ▷ Die Europäische Union muß weiter fortentwickelt und vertieft werden
- ▷ Eine globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur muß errichtet und erhalten werden.

Die nationale, die europäische und die globale Aufgabe sind untrennbar miteinander verbunden. Der Aufbau und die Konsolidierung in den neuen Bundesländern können nicht ohne eine strikte Einbindung in den Prozeß der europäischen Integration erfolgen. Europa kann seine neue Gestalt nicht ohne seine Öffnung gegenüber den Reformländern in Mittel- und Osteuropa erhalten. Wirtschaftlich, aber auch politisch müssen die Staaten Ostmitteleuropas Schritt für Schritt an die gemeinsamen europäischen und atlantischen Organisationen herangeführt werden. In diesem Sinne wurde am 24. Juni 1994 zwischen der Europäischen Union und Rußland auf Korfu ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet. Die umfangreiche Hilfe, welche die Bundesregierung Rußland leistet, entspricht ihrem vitalen Interesse an einem Erfolg des demokratischen Umgestaltungsprozesses ebenso wie der neuen Gemeinsamkeit der politischen Werte. Die Ausgaben und bestehenden Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der ehemaligen Sowjetunion und den heutigen GUS-Ländern von Ende 1989 bis Ende 1994 belaufen sich auf über

**Der EG-Gipfel
in Maastricht
(1991/92)
stellte über
die Wirtschafts- und
Währungsunion hinaus
die Weichen
für Europa
als politische
Einheit**



90 Milliarden Mark. Den größten Teil an den deutschen Unterstützungsmaßnahmen für den politischen und wirtschaftlichen Reformprozeß in den GUS-Staaten bilden dabei die Kreditgarantien und Bürgschaften der Hermes-Exportkreditversicherung mit 47,1 Milliarden Mark. Darüber hinaus unterstützen die Deutschen durch spontane Spendenaktionen die Menschen in Rußland; von 1990 bis 1992 belief sich das private Spendenaufkommen auf 650 Millionen Mark.

Am 31. August 1994 wurden die letzten Soldaten der in Deutschland stationierten russischen Truppen in Anwesenheit von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem russischen Präsidenten Boris Jelzin verabschiedet. Zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung lebten fast 340 000 sowjetische Soldaten und rund 210 000 Zivilangehörige in Ostdeutschland. Auf 14,6 Milliarden Mark belief sich das Volumen der Gelder, mit denen die Bundesregierung den Abzug der russischen Truppen unterstützt hat; der größte Teil des Geldes ist zum Bau von rund 45 000 Zivilwohnungen für die nach Rußland, Weißrußland und in die Ukraine zurückkehrenden Soldaten verwandt worden.

Trotz einschneidender Sparmaßnahmen bei den staatlichen Ausgaben hält die Bundesrepublik in den kommenden Jahren ihr finanzielles Engagement auch für die Entwicklungsländer aufrecht. Sie ist darauf bedacht, zusammen mit den wirtschaftlichen Lebensgrundlagen auch die sozialen und politischen Verhältnisse der dort lebenden Menschen zu verbessern. Die Beachtung der Menschenrechte in den Empfängerländern ist ein wichtiges Kriterium der Bundesregierung für die Vergabe von Entwicklungshilfemitteln.

Daß Deutschland an dritter Stelle der Beitragszahler der Vereinten Nationen steht (8,9 Prozent des VN-Haushalts) und 22,8 Prozent des NATO- und 28,5 Prozent des WEU-Haushaltes zahlt, unterstreicht den Willen der Bundesregierung, in der Kontinuität ihrer bisherigen Politik im bilateralen und multilateralen Rahmen ihren Beitrag zur Stabilität und Friedenssicherung zu leisten. Konsequenz daraus ist die deutsche Bewerbung um einen Ständigen Sitz im Weltwirtschaftsrat. Auf Ersuchen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen nahm eine Transporteinheit der Bundeswehr im Sommer 1993 zum erstenmal an einem Einsatz der UN-Blauhelme in „befriedeten Gebieten“ in Somalia teil. Dieser Einsatz wurde in Deutschland politisch kontrovers diskutiert; vom Bundesverfassungsgericht erging in-

dessen im Juli 1994 das Urteil, daß sich Deutschland mit seinen Streitkräften an Einsätzen im Rahmen von Aktionen der NATO und WEU zur Umsetzung von Beschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen beteiligen darf. Gleiches gilt dem Spruch der Karlsruher Richter zufolge für eine Beteiligung deutscher Streitkräfte an von den Vereinten Nationen aufgestellten Friedenstruppen. Am 6. Dezember 1995 billigte der Bundestag mit großer Mehrheit den Bosnien-Auftrag für 4000 Soldaten der Bundeswehr im Rahmen des Kriseneinsatzes der VN.

Auf dem Weg zur Europäischen Union. Mit Beginn des Jahres 1993 wurde der gemeinsame Binnenmarkt der damaligen zwölf EG-Länder eröffnet. Dieser Markt vereinte 345 Millionen Europäer zum kaufkräftigsten Wirtschaftsgebiet der Erde. Bis auf die Schweiz schlossen sich die Staaten der Europäischen Freihandelszone EFTA (Österreich, Schweden, Norwegen, Finnland, Island und Liechtenstein) mit der Europäischen Gemeinschaft zum Europäischen Wirtschaftsraum zusammen. Seit der Mitte des Jahres 1990 befand sich die Währungsunion in ihrer ersten Phase; mit ihr wurde der Kapitalverkehr zwischen den EG-Staaten freigegeben und die Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Partner und die Zusammenarbeit der Zentralbanken intensiviert. Seit dem 1. Januar 1994 bereitet das Europäische Währungsinstitut (EWI) in einer zweiten Phase die Errichtung einer Europäischen Zentralbank vor, die ihren Sitz in Frankfurt am Main haben wird. Die Entscheidung über den unwiderruflichen Eintritt in die dritte Phase – die Endstufe der Währungsunion – wird im Frühjahr 1998 getroffen. Ein hoher Grad an Geldwertstabilität und Haushaltsdisziplin ist Voraussetzung für die geplante Herstellung der vollen Wirtschafts- und Währungsunion.

Für die Bundesregierung war besonders wichtig, daß die Staats- und Regierungschefs 1991 in Maastricht nicht nur den Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion ausgehandelt, sondern darüber hinaus die Europäische Union vereinbart haben, die ein Dach für die weiter zu vertiefende Europäische Gemeinschaft darstellt. Der Vertrag ist im November 1993 in Kraft getreten. Nach Ansicht der Bundesregierung muß die Vertiefung der Gemeinschaft mit deren Erweiterung einhergehen, nach dem Beitritt früherer EFTA-Staaten auch durch die Heranführung der mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten an die EU.

Auf dem EU-Gipfel, der unter Beteiligung von 21 Staats- und Regierungschefs im Dezember 1994 in Essen stattfand, wurde deshalb ein Konzept verabschiedet, wie den sechs mittel- und osteuropäischen Reformstaaten, die mit der EU

durch Europaabkommen verbunden sind (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien), der Weg zur Europäischen Union geebnet werden kann. Am 1. Januar 1995 ist die EU durch den Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden auf 15 Mitgliedsländer angewachsen. Seit April 1995 ist das Schengener Abkommen in Kraft: An den Grenzen zwischen Deutschland, den Benelux-Ländern, Frankreich, Spanien und Portugal gibt es keine Personenkontrollen mehr, dafür aber eine intensivierte Paß- und Zollkontrolle an den Außengrenzen. Nach entsprechender Vorbereitung werden weitere EU-Länder diese Praxis ebenso handhaben. Ende März 1996 begann in Turin die Regierungskonferenz, die auf rund ein Jahr Dauer geplant ist und nach kritischer Selbstreflexion notwendige Reformen der Zusammenarbeit der Staaten in der EU beschließen soll.

Die wirtschaftliche Einigung Deutschlands. Der Prozeß der Angleichung von West- und Ostdeutschland vollzieht sich im Rahmen der europäischen Einigung und parallel zu einer globalen politischen und wirtschaftlichen Neustrukturierung als Folge des Zusammenbruchs des osteuropäischen Staatensystems.

Die Umstellung der planwirtschaftlich aufgebauten Wirtschaft der früheren DDR in ein funktionierendes System der Sozialen Marktwirtschaft war und ist eine in der Geschichte bisher einmalige Herausforderung. Dafür ist ein gewaltiger Finanztransfer von West- nach Ostdeutschland notwendig. Die Leistungen der öffentlichen Hand erreichten bis Ende 1994 ein Volumen von 640 Milliarden Mark. 1995 kamen weitere ca. 185 Milliarden DM hinzu – die Summe setzt sich wie folgt zusammen: Bund 136, Westdeutsche Länder und Gemeinden 10, Rentenversicherung 16, Bundesanstalt für Arbeit 16, Europäische Union sechs Milliarden DM.

Eine Schlüsselrolle bei der Umstrukturierung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern spielte die Treuhandanstalt. Bis Ende 1994, als sie ihre Arbeit einstellte, hat die Treuhandanstalt rund 15 000 Unternehmen privatisiert, dabei wurden rund 66 Milliarden DM an Privatisierungserlösen und 211 Milliarden DM an Investitionszusagen erreicht. Darüber hinaus kamen über 1,5 Millionen Arbeitsplätze zustande, ein besonders wichtiges Arbeitsergebnis, denn die Umstellung der Wirtschaft erforderte besonders schmerzliche Eingriffe bei der Beschäftigung; viele Arbeitsplätze gingen im Zuge der Herstellung von Wettbe-

werbsfähigkeit verloren. Mit erheblichen finanziellen Mitteln fördert die Bundesregierung deshalb seit der Vereinigung die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Bis Ende 1995 wurden mit Mitteln der Bundesregierung in über drei Millionen Wohnungen in den neuen Bundesländern Sanierungs- und Modernisierungsaufgaben durchgeführt; rund 80 000 Wohnungen wurden neu geschaffen. Insgesamt hat die Bundesregierung seit der Währungsunion bis Ende 1995 über 58 Milliarden Mark in die Verkehrsinfrastruktur der neuen Bundesländer investiert, davon für die Schiene 31 Milliarden, für Fernstraßen rund 15 und für Wasserstraßen fast eine Milliarde DM. Seit 1990 sind in den neuen Ländern fast 9000 Kilometer Straße um- und neugebaut worden sowie 5500 Kilometer Schiene. Für das Jahr 1996 sind insgesamt weitere 10 Milliarden Mark für die Verbesserung der Verkehrsbedingungen in den neuen Ländern vorgesehen. Die Deutsche Bahn setzt einen vorläufigen Schlußpunkt im Jahr 2002: Bis dahin wird sie rund 70 Milliarden DM zur Angleichung der ostdeutschen Anlagen an das Westniveau investiert haben. Im Bereich der Telekom soll erreicht werden, daß 1997 95 Prozent aller Haushalte über Telefon verfügen.

Besonders der Mittelstand hat sich in den vergangenen Jahren als Motor beim Aufbau in den neuen Ländern erwiesen. Bisher haben mehr als 480 000 Menschen hier eine selbständige Tätigkeit aufgenommen, allein 118 000 im Bereich des Handwerks. Eine Vielzahl von finanziellen Zuwendungen und Beratungshilfen unterstützen die Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern. Dazu zählen:

- ▷ das Eigenkapitalhilfeprogramm, das von der Bundesregierung finanziert wird, und
- ▷ das ERP (European Recovery Program), beide zusammen mit rund 240 000 Förderkrediten seit 1990
- ▷ die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, finanziert vom Bund, den Ländern und der Europäischen Union
- ▷ das Mittelstandsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Seit Jahren ist die Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Ostdeutschland auf Wachstumskurs. Zwischen 1992 und 1995 stieg das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um 7,3 Prozent. Zusammen mit dem großen Einsatz der Menschen vor Ort und dem Engagement der vielen Existenzgründer haben die finanziellen Mittel und gewaltigen organisatorischen Anstrengungen dazu geführt, daß sich die neuen Länder zu einer führenden Wachstumsregion in

Europa entwickelt haben. Im Jahr 1995 lag der Anstieg der Verbraucherpreise hier bei nur 1,8 Prozent; die Einkommen und die Renten werden Schritt für Schritt den westdeutschen Verhältnissen angepaßt. So hatte zum Jahresbeginn 1996 die Eckrente im Osten Deutschlands 82,2 Prozent des Westniveaus erreicht.

Viele Wirtschaftszweige (Baugewerbe und Handwerk zum Beispiel) werden heute zunehmend von eigenen Wachstumsimpulsen bestimmt; in anderen gibt es jedoch nach wie vor Probleme, die auch durch die geringere Produktivität pro Erwerbstätigem begründet sind. Immerhin erreichte sie 1995 rund 54,2 Prozent der westdeutschen Betriebe; 1991 hatte die Vergleichszahl noch bei rund 31 Prozent gelegen.

Seit Beginn des Jahres 1995 sind die neuen Länder in den Finanzausgleich zwischen den Bundesländern einbezogen; rund 57 Milliarden DM erhielten sie daraus im Jahr 1995. Vorher sicherte der Fonds „Deutsche Einheit“ ihre finanzielle Handlungsfähigkeit.

Um die enormen Kosten auszugleichen, die der Aufbau in den neuen Ländern mit sich bringt und die Nettokreditaufnahme des Bundes nicht ins Uferlose wachsen zu lassen (der Schuldendienst macht inzwischen fast 20 Prozent der gesamten Bundesmittel aus), wird seit 1. Januar 1995 in Deutschland ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 7,5 Prozent der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben. Der Zuschlag soll ab 1. Januar 1997 auf 6,5 und ab 1998 auf 5,5 Prozent gesenkt werden.

Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich auf den sich weltweit verschärfenden Wettbewerb einstellen und strukturelle Veränderungen einleiten, um den Standort Deutschland für die Zukunft zu sichern.

Die Voraussetzungen dafür sind günstig. Deutschland verfügt über unbestreitbare Stärken wie zum Beispiel

- ▷ eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit vielen leistungsfähigen großen, kleinen und mittleren Unternehmen
- ▷ eine hohe Qualifikation der Arbeitnehmer. Das deutsche duale System der Berufsausbildung genießt weltweite Anerkennung. Seine Leistungsfähigkeit schlägt sich nicht zuletzt in einer vergleichsweise geringen Jugendarbeitslosigkeit nieder
- ▷ eine sehr gute öffentliche Infrastruktur im Verkehrs- und Kommunikationsbereich
- ▷ wirtschaftliche und soziale Stabilität.

Aktuell müssen das Wachstum gestärkt, die Beschäftigung stabilisiert und die Attraktivität als Investitions- und Beschäftigungsstandort verbessert werden.

Im „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften haben sich alle für Wirtschaft und Beschäftigung Verantwortlichen verpflichtet, zur Lösung der anstehenden Probleme beizutragen. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts soll die Zahl der Arbeitslosen halbiert werden. Die Bundesregierung hat als ihren Beitrag dazu ein umfangreiches, 50 Punkte umfassendes Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze vorgelegt, das als Gesamtkonzept auf strukturelle Veränderungen zielt und jetzt Punkt für Punkt in die Tat umgesetzt wird. Durch das im April 1996 vorgelegte Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung wird das 50-Punkte-Programm zusätzlich konkretisiert und weiterentwickelt.

Ziel ist es, mehr Wachstum zu ermöglichen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und die wirtschaftlichen Fundamente des Sozialstaates dauerhaft zu sichern. Um den notwendigen Spielraum hierfür zu gewinnen, soll bis zum Jahr 2000 die Staatsquote wieder auf rund 46 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – das ist der Stand vor der Wiedervereinigung – und die Summe der Sozialbeiträge auf rund 40 Prozent zurückgeführt werden. Dies macht Korrekturen und Einschnitte unabweisbar.

Einer der Schwerpunkte im Aktionsprogramm ist eine Offensive für unternehmerische Selbständigkeit und Innovationsfähigkeit. Ziel ist eine neue Kultur der Selbständigkeit und eine neue Gründerwelle. Dazu gehört, die Startchancen junger Existenzgründer am Markt zu verbessern. Eine

Asylbewerber vor einem Ausgang zur Arbeitsvermittlung



andere wichtige Aufgabe ist es, den weiteren Anstieg der staatlich bedingten Lohnzusatzkosten zu verhindern und die Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen. Dabei geht es nicht um einen Abbau des Sozialstaates, sondern darum, die sozialen Sicherungssysteme entsprechend den demographischen Veränderungen und den veränderten weltwirtschaftlichen Gegebenheiten zukunftssicher zu gestalten und Hilfen stärker auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren.

Darüber hinaus nennt das Aktionsprogramm unter anderem

- ▷ Erschließung neuer Beschäftigungschancen dadurch, daß die Bereitschaft der Unternehmen zu Neueinstellungen gefördert wird
- ▷ Erhöhung der wirtschaftlichen Anpassungsfähigkeit durch Überprüfung der Subventionspraxis
- ▷ Förderung unternehmerischer Tätigkeit durch den Abbau von Regulierungen und Marktzutrittschancen, d.h. mehr Beschäftigung durch mehr Wettbewerb
- ▷ Stärkung der beruflichen Qualifizierung: Investitionen in die Ausbildung sind Investitionen in die Zukunft.

Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung enthält unter anderem Maßnahmen zur Senkung der hohen Lohnnebenkosten, zur Flexibilisierung des Arbeitsrechts sowie zur steuerlichen Entlastung insbesondere mittelständischer Unternehmen.

Eine wichtige Maßnahme der Zukunftssicherung ist auch die große Steuertarifreform, die eine einfachere, für jedermann verständliche und leistungsfreundlichere Besteuerung vorsieht. Die gesetzliche Rentenversicherung muß ebenso weiterentwickelt werden. Zu beiden Vorhaben werden Kommissionen Reformvorschläge erarbeiten; die entsprechenden Gesetzgebungsverfahren werden 1997 abgeschlossen werden können.

Im Zeichen politischer Stabilität. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen sagt aktiv Ja zur staatlichen Einheit. Verständlicherweise beurteilen viele Ost- und Westdeutsche den Beitrag unterschiedlich, der von den Menschen in den alten für die in den neuen Bundesländern aufgebracht wird. Die Fremdheit, die in mehr als 40 Jahren Isolierung entstanden war, verliert sich heute indessen immer mehr, zumal die allgemeine Anfangseuphorie einer nüchternen Einschätzung des Machbaren Platz gemacht hat. Man hat eingesehen, daß das Herbeireden einer raschen Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland bequem, aber unrealistisch ist. Heute sieht man auf

die Fortschritte, die tatsächlich erzielt worden sind; auf dieser Basis ist ein stetiges Anwachsen der Zahl derer festzustellen, die sich zufrieden über den Stand des Aufbauprozesses in den neuen Bundesländern äußern; diese liegt zur Zeit bei über 60 Prozent der Gesamtbevölkerung; bei der Generation der 16 – 29jährigen Ostdeutschen sind es sogar fast 90 Prozent.

Ein schwieriges Kapitel in der Aufarbeitung der Zeit der SED-Herrschaft war und ist die gerichtliche Beurteilung der sogenannten Regierungskriminalität. Wie soll zum Beispiel die Schuld derer bewertet werden, die als politisch Verantwortliche den Schießbefehl an Mauer und Stacheldraht gaben? Basis der Strafverfolgung ist hier die Gesetzeslage in der DDR zur Zeit der Tat. Ein weiteres schmerzliches Kapitel ist die Sichtung der Masse an Akten des DDR-Staatssicherheitsdienstes (Stasi). Viele Menschen in Ostdeutschland wollen wissen, was die Stasi über sie gespeichert hat, und viele entdecken dabei, daß sie von Menschen ausgehorcht wurden, denen sie ihr Vertrauen geschenkt hatten.

Wiederholt ist in ausländischen Medien im Lauf des Jahres 1995 die Gefahr instabiler politischer Verhältnisse in Deutschland diskutiert worden. Die Ergebnisse der zahlreichen Wahlen haben das Gegenteil belegt: Rechtsextreme Gruppierungen sind im Bundestag nicht vertreten. Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 lautete: CDU/CSU 41,5, SPD 36,4, FDP 6,9, Bündnis 90/Die Grünen 7,3, PDS 4,4 Prozent. Nach Umfragen von Meinungsforschungsinstituten bringt die überwältigende Mehrheit der Deutschen der Demokratie Vertrauen entgegen.

Der israelische Staatspräsident Ezer Weizman bei seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16. Januar 1996



Die Menschen in Deutschland und ebenso im Ausland reagierten erschüttert auf fremdenfeindliche, oft rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten in Deutschland in den vergangenen Jahren. Dank der vielfältigen Maßnahmen der Bundesregierung, der Bundesländer und fast aller großen gesellschaftlichen Gruppen ist es jedoch gelungen, solche Aktivitäten erfolgreich zu bekämpfen. Bei allen Wahlen der letzten Jahre hat sich gezeigt, daß Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Deutschland keine Chance haben. Besonderes Augenmerk der Bundesregierung gilt gegenwärtig der Verhinderung der Tatsache, daß ausländische Konflikte auf deutschem Boden ausgetragen werden.

Am 8. Mai 1995 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum fünfzigsten Mal. Bei seinem Deutschlandbesuch gedachte der israelische Präsident Weizman in Januar 1996 der Opfer des Holocaust, aber auch der deutschen Widerstandskämpfer gegen Hitler. Bundespräsident Roman Herzog hat den 27. Januar zum jährlichen Gedenktag an den Holocaust bestimmt; das Lager Auschwitz-Birkenau wurde an diesem Tag im Jahre 1945 befreit.

Heute ist Deutschland ein anerkannter Partner in der Welt, der für die Wahrung des Völkerrechts und der Menschenrechte eintritt.

Abbildungsnachweis

o = oben, m = mittig, u = unten

Titelseite: AKG, Berlin: o; Bundesarchiv, Koblenz (Lehmann): m; Bundesbildstelle, Bonn: u; AKG, Berlin: 4; Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin: 6; AKG, Berlin: 10, 11, 13, 15; Bundesbildstelle, Bonn 21, 22, 26; Ullstein-Bilderdienst, Berlin: 27; Bundesbildstelle, Bonn: 29, 31, 32, 33; Bundesarchiv, Koblenz (Lehmann): 42; Bundesbildstelle, Bonn: 43; Deutsche Presse-Agentur, Frankfurt: 45; Bundesbildstelle, Bonn: 47; Bildagentur Helga Lade, Frankfurt: 53; Bundesbildstelle, Bonn 55; Karten: Bertelsmann Lexikon Verlag GmbH, Gütersloh: 8, 9, 24

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung, D-53113 Bonn

© Societäts-Verlag, Frankfurt am Main, 1996

Redaktion: Dr. Arno Kappler (Text), Stefan Reichart (Bild)
Layout und Grafiken: Peter Lenz, Wiesbaden
Titelgestaltung: MIC GmbH (Cott/Depczyk), Köln
Satz und Lithographien: Societätsdruck, Frankfurt/Main
Druck: VOD, Eppelheim
Printed in Germany, 1996
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Redaktionsschluß: Mai 1996